



# Außenwissenschaftspolitik - Wissenschaftsaußenpolitik

Arbeits- und Diskussionspapier 7/2007



**Einleitung**

Außenwissenschaftspolitik .....3

**Ausgangspunkt**

Diplomatie der Forscher  
*Dr. Georg Schütte*.....4

**Kommentare und Reflektionen**

Soft Power als Teil der Auswärtigen Politik  
*Prof. Dr. Volker Perthes*.....5

Die Rolle und das Verständnis von Soft Power in der  
 Deutschen Außenpolitik  
*Dr. Peter Wittig* .....8

Thesen zur Außenwissenschaftspolitik. „Herausforde-  
 rungen der globalen Wissensgesellschaft“  
*Ulla Burchardt, MdB* .....11

Internationale Wissenschaftspolitik oder Außenwis-  
 senschaftspolitik? – Fünf Thesen  
*Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer*.....13

Außenwissenschaftspolitik – zur Produktivität eines  
 neuen Politikfeldes  
*Prof. Dr. Günther Maihold*.....16

Der Stimme der Wissenschaft Gehör verschaffen  
*Prof. Dr. Jürgen Mlynek*.....19

Akteure der Außenwissenschaftspolitik: von der Indi-  
 vidual- zur Strukturförderung  
*Dr. Christian Bode* .....21

Freie Universität Berlin – International Network Uni-  
 versity. Internationalisierungsstrategien der Freien  
 Universität Berlin  
*Prof. Dr. Dieter Lenzen*.....24

Außenwissenschaftspolitik als eigenständiges Politik-  
 feld? Zusammenfassung der Diskussion im Workshop  
 „Außenwissenschaftspolitik“  
*Dr. Angelika Günzel*.....26

**Resümee**

Außenwissenschaftspolitik - Wissenschaftsaußen-  
 politik: eine Querschnittsperspektive internationaler  
 Politikgestaltung in modernen Wissenschaftsgesell-  
 schaften  
*Dr. Georg Schütte*.....28



---

**Einleitung**

# Außenwissenschafts- politik

Wie muss Europa, wie muss Deutschland mit den Herausforderungen der globalen Vernetzung des Wissens und der internationalen Innovationskonkurrenz umgehen? Dieser Frage sind die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie die Alexander von Humboldt-Stiftung mit einem gemeinsamen Workshop zum Thema „Außenwissenschaftspolitik - Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Zeitalter moderner Wissensgesellschaften“ am 19. Oktober 2006 im Hause der Stiftung Wissenschaft und Politik nachgegangen.

30 ausgewählte Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft, Bundesministerien und Austausch- und Wissenschaftsorganisationen diskutierten die Bedingungen für ein als „Außenwissenschaftspolitik“ zu bezeichnendes neues Politikfeld, dessen Bezüge zur Wissenschafts- und Außenpolitik sowie die Konsequenzen dieser inhaltlichen und begrifflichen Festlegung für die konkrete Politikgestaltung.

Der vorliegende Band dokumentiert ausgewählte Impulsreferate und Kommentare des Workshops und fasst die weitere Diskussion in einem Überblicksartikel zusammen. Der abschließende Beitrag von Georg Schütte stellt darüber hinaus ein überarbeitetes Konzept zur Außenwissenschaftspolitik vor, das als Grundlage für eine weitere Diskussion insbesondere der Wissenschaftspolitik im Kontext der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beziehungsweise der Auswärtigen Politik in den Zusammenhängen der Internationalisierung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik dienen kann.

Alexander von Humboldt-Stiftung  
Stiftung Wissenschaft und Politik

im Dezember 2006

**Ausgangspunkt**

# Diplomatie der Forscher

## Wenn Deutschland international mithalten will, braucht es eine Außenwissenschaftspolitik. Ein Plädoyer

von **Georg Schütte**

(erschieden in „Die Zeit“, Ausgabe Nr. 16, S.83, vom 12. April 2006)

Die Globalisierung der Wirtschaft und der Wissenschaft hat die deutsche Wissenschaft in eine neue Phase katapultiert: eine Phase internationaler Kooperation – und Konkurrenz. Im industriellen Zeitalter begegnete Deutschland den internationalen Herausforderungen für die nationale Wirtschaft mit einer Außenwirtschaftspolitik. In der neuen Zeit globaler Wissensvernetzung und Innovationskonkurrenz braucht Deutschland eine Außenwissenschaftspolitik. Doch die steht noch aus.

Die Liste der Herausforderungen ist lang: Wissenschaftssysteme konkurrieren weltweit darum, wie sie junge Forscher am besten ausbilden und dauerhaft an sich binden – internationale Erfahrung ist erwünscht, doch der Brain-Drain gefürchtet. Gesucht wird zudem nach neuen Schnittstellen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Geistiges Eigentum muss im globalen Wettbewerb geschützt werden. Doch dabei gilt: Die Vertretung deutscher Wissenschaftsinteressen in internationalen Gremien lässt zu wünschen übrig.

Wenn Deutschland die Globalisierung in der Wissenschaft mitgestalten will, dann muss es seine politischen Strukturen anpassen. Wissenschaft muss als Querschnittsperspektive der deutschen Politik ernst genommen werden. Ebenso wenig, wie eine Außenwirtschaftspolitik wirtschaftliches Handeln verstaatlicht, muss eine Außenwissenschaftspolitik die deutsche Wissenschaft überreglementieren. Im Gegenteil: Unabhängige, wissenschaftsinterne Mechanismen, etwa zur Verteilung von Forschungsgeldern, sind effektiver als politisch gesteuerte Verfahren.

Dennoch bringt Deutschland die Expertise der Wissenschafts- und Austauschorganisationen nicht mit den Kenntnissen der einzelnen Fachressorts und den

Strukturen des diplomatischen Dienstes zusammen. Damit vergibt Deutschland eine Chance. Das Ziel lautet: Transparenz und Abstimmung. Bildungspolitiker lernten internationale Strategien der Wissenschaftsentwicklung besser kennen, in der Entwicklungszusammenarbeit würde die Wissenschaft ein stärkeres Gewicht erhalten. Auf europäischer Ebene würde Deutschland beginnen, mit einer Stimme zu sprechen. Und es böte sich die Chance, die nationalen Interessen in der Grundlagenforschung mit den Strategien international operierender deutscher Unternehmen abzugleichen.

Erste strukturelle Ansätze für eine Außenwissenschaftspolitik gibt es seit langem: So entsendet das Forschungsministerium wissenschaftliche Referenten an deutsche Botschaften im Ausland. Diese Referate gilt es enger mit den Wirtschafts- und Kulturreferaten der deutschen Botschaften zu verbinden. Laufbahnen innerhalb der Ministerien könnten flexibilisiert werden, um über Personen intensiver Informationen auszutauschen. Ein außenwissenschaftspolitischer Strategiekreis, der mit Vertretern der deutschen Wissenschafts- und Austauschorganisationen und aus den Forschungsabteilungen der Wirtschaft besetzt ist, könnte den Außenminister beraten. Deutschland braucht zudem einen Unterausschuss für Außenwissenschaftspolitik im Bundestag. Der könnte ein gemeinsames Gremium des Bildungs-, Entwicklungs- und des Auswärtigen Ausschusses sein und Parlamentarier untereinander und mit Experten aus der Wissenschaft ins Gespräch bringen.

Deutschland hat außer der Bildung keine Rohstoffe – und muss daher die Wissenschaft international mitgestalten. Als Land mit einer besonderen historischen Verantwortung kann Deutschland mit einer Außenwissenschaftspolitik an eine Tradition der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik anknüpfen, die Vertrauen und Kooperation in den Mittelpunkt stellt. Andere Länder sind bereits auf dem Weg, Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik, Entwicklungs- und Außenpolitik zu verzahnen.

Deutschland verspielt im Moment die Stärken, die in der Vielfalt seiner wissenschaftlichen Einrichtungen liegen. Mit der dezidierten Entwicklung und Ausgestaltung einer Außenwissenschaftspolitik könnte es weltweit Akzente setzen. Die Globalisierung der Wissenschaft – von der Grundlagenforschung bis zur Entwicklung marktreifer Produkte – wird man mitgestalten können. Aufhalten kann man sie nicht.

**Dr. Georg Schütte** ist Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung

# Soft Power als Teil der Auswärtigen Politik

von Volker Perthes

Macht, ob hart oder sanft, bedeutet immer, Einfluss auf andere auszuüben und damit den eigenen Willen durchzusetzen. „Sanfte Macht“ oder *Soft Power* wird verstanden als die Fähigkeit, durch Überzeugung Einfluss zu nehmen, „andere dazu zu bringen, dieselben Ergebnisse zu wollen, die Du willst“ oder „the ability to attract“ (Joseph Nye). Es geht also vor allem um Attraktivität, und zwar die der eigenen Kultur, Werte, Ideen, Politik und des eigenen politischen Systems, eindeutig nicht um die Einflussnahme durch Zwang; und auch nicht (obwohl hier einige Autoren das Konzept weiter fassen) durch materielle Belohnung oder Bestechung (also etwa durch Finanzhilfen). Es geht dabei um Glaubwürdigkeit und um eine positive öffentliche Meinung dem eigenen Staat gegenüber im Ausland. Ansehen und Attraktivität schaffen Einfluss, fehlendes Ansehen erklärt, wieso mächtige oder sogar übermächtige Staaten dennoch an Einfluss verlieren oder eben ihre militärische und wirtschaftliche Macht nicht in tatsächlichen Einfluss auf das Geschehen in anderen Ländern übersetzen können.

Als Instrumente sanfter Macht gelten nicht zuletzt gute Beziehungen zu anderen Staaten mittels einer entsprechenden Diplomatie sowie Kulturaustausch im allerweitesten Sinne. Die Kombination von sanfter Macht mit anderen Machtinstrumenten (also etwa von Wirtschaftshilfe und militärischen Machtmitteln) ist von Joseph Nye als „smart power“ oder intelligente Macht beschrieben worden.

Natürlich ist Attraktivität nicht einfach da. Sie ist das Ergebnis von Kommunikation und von Wissen (Janice Mattern). Kommunikation mag Elemente von *public diplomacy* enthalten, darf damit aber nicht verwechselt werden. Solch öffentliche Diplomatie ist im Grunde PR für die eigene Politik, den eigenen Staat oder die eigenen Interessen, als solche eher einseitig und bestenfalls ein schlechter Ersatz für gute Politik. Kommunikation ist auch im internationalen Raum idealerweise dialogisch – eine Zweibahnstraße.

Selbstverständlich ist auch sanfte Macht eine Ressource und ein Instrument im internationalen Wettbe-

werb, ist keineswegs Ausdruck von Gutmenslichkeit oder Interesselosigkeit. Denn natürlich entspricht es dem deutschen und dem europäischen Interesse, unsere Werte und unsere Vorstellungen von guter Politik zu verbreiten, Ansehen im internationalen Umfeld zu erwerben, gute Beziehungen aufrecht zu erhalten und insgesamt unsere Möglichkeit, Einfluss auf andere Akteure auszuüben, zu stärken.

## Dimensionen sanfter Macht

Traditionell realisiert sich sanfte Macht in der internationalen Politik über die Ausstrahlung bestimmter kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Errungenschaften und Leistungen. Für die USA gehörten dazu jahrzehntelang die Produkte Hollywoods, amerikanische Musik und Mode (die Baseball-Kappe als globales Merkmal von Generationenzugehörigkeit), auch Fast Food, das Image als Land der unbegrenzten Möglichkeiten oder die Qualität von Hochschulabschlüssen. Für Deutschland hatten das „made in Germany“-Label, die Verlässlichkeit deutscher Produkte, „Wirtschaftswunder“, Friedenspolitik und Orientierung auf friedliche Konfliktlösung in der Welt, Maschinenbau und die Solidität der Ausbildung an deutschen technischen Universitäten (für wenige auch die Ausbildung in deutscher Philosophie oder Literatur) eine ähnliche Wirkung. Manches dieser Elemente – die Strahlkraft moderner und verlässlicher Technik oder das Wirtschaftswunder-Image – sind heute eher die Bausteine der sanften Macht Japans oder Chinas.

Sanfte Macht in der Außenpolitik kann auch bedeuten, durch Beispiele und Vorbilder zu überzeugen oder Alternativen zu herkömmlicher Politik deutlich zu machen. Am überzeugendsten gilt dies wohl für die Attraktivität der EU für Beitritts- und Kandidatenländer: Die Transformationskraft, die die EU hier entwickelt hat, beruht eben nicht nur auf materiellen Hilfen, sondern auch auf der Attraktivität des eigenen Modells und der Zugehörigkeit dazu. Das große Interesse am Modell und an den Erfahrungen der europäischen Integration, etwa in Asien, ist auch ein Ergebnis sanfter Macht, selbst wenn andere Staaten dieses Modell nicht einfach nachahmen werden. Auf einer völlig anderen Ebene liegt etwa die Beispielwirkung eines gemeinsamen deutsch-französischen Kulturzentrums im palästinensischen Ramallah als überzeugende Demonstration sehr tiefgehender Zusammenarbeit innerhalb Europas. Für ein wieder ganz anderes Feld wie die Nuklear-Diplomatie mit Iran könnte der Verweis darauf, dass auch hoch entwickelte europäische Staaten wie Deutschland, die Niederlande und Großbritannien Urananreicherung

nicht unter nationaler Souveränität, sondern im Rahmen eines multilateralen Joint Venture durchführen (URENCO), eines Tages von Bedeutung sein.

Entscheidend, gerade weil es bei sanfter Macht oft um ideelle Werte geht, ist die Glaubwürdigkeit von Politik: dass also die Kluft zwischen Diskurs und praktischer Politik nicht zu groß ist. Wenn es etwa darum geht, Demokratie als politisches Ordnungskonzept auch in anderen Ländern zu fördern und attraktiv zu machen, müssen wir die Ergebnisse von Wahlen auch dann respektieren, wenn sie uns nicht gefallen sollten. Jeder Eindruck, dass etwa Demokratie für Islamisten nicht gelte (oder das Recht auf habeas corpus nicht für Terrorverdächtige), wird gegenteilige Effekte zeitigen, nämlich die Überzeugung, dass es beim westlichen Diskurs um Demokratie und Menschenrechte nur um *regime change*, die Durchsetzung freundlicher Regierungen oder gar eine Form des internationalen Kulturkampfes gehe, um Ziele also, die anderenfalls mit den Mitteln harter Macht durchgesetzt würden.

Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sind definitionsgemäß Elemente von sanfter Macht. Die deutsche auswärtige Kulturpolitik steht seit der „Konzeption 2000“ bewusst im Dienste der Unterstützung bzw. Vermittlung europäischer Werte und Normen, von Menschenrechten und Konfliktprävention.

Sanfte Macht realisiert sich hier, im Bereich der Wissenschaft, einerseits über Austausch und Kooperation, andererseits über die Anziehungskraft des eigenen Modells im Ausland. Zu ersterem gehört das gesamte Spektrum von Maßnahmen und Programmen in der auswärtigen Bildungs- und Wissenschaftspolitik: Studentenaustausch in beide Richtungen, Sprachstudium im Inland und die Verbreitung der eigenen Sprache im Ausland, Traineeships auf allen Ebenen, also für Lehrlinge, Studenten, Doktoranden und Post-Doc's (hier auch das TAPIR-Programm der SWP und anderer europäischer und amerikanischer Forschungsinstitute), die Kooperation von Universitäten, die Gründung gemischter Universitäten oder von Fachhochschulen und Universitäten deutschen Musters (Beispiel: German-Jordanian University, German University in Cairo) oder deutscher und europäischer Hochschulen im Ausland, gemeinsame Forschungsprojekte auch außeruniversitärer Einrichtungen. Das zweite, die Überzeugungskraft des eigenen Modells, wirft Fragen auf wie die, wie gut deutsche Bildungseinrichtungen im internationalen

Vergleich dastehen, wo sie auf internationalen Rankings auftauchen (auch wenn wir die Methoden dieser Rankings kritisch sehen mögen), welche international ausgerichteten Studiengänge oder Förderprogramme es in Deutschland gibt. Zweifellos hat die Internationalisierung der deutschen Hochschulen und der Studierenden selbst in den letzten zwanzig Jahren erhebliche Fortschritte gemacht (Berliner Initiative 2006). Eine große Rolle spielt weiterhin der „Ruf“ der deutschen Wissenschaft und der deutschen Universitäten, wo ihnen also in den Öffentlichkeiten des Auslands auch unabhängig von internationalen Rankings viel zugetraut wird. Das gilt sicher weiterhin für die Ingenieurwissenschaften, natürlich auch für Teile der Geisteswissenschaften, am wenigsten wohl für derzeit moderne Fächer wie Business Administration. Die Attraktivität der deutschen Wissenschaft entsteht also im Inneren.

### **Fünf Hinweise an die Politik**

Die Generierung von sanfter Macht kann und darf sich nicht nur auf die Eliten im Ausland richten. Die Orientierung auf Wissenschaft und Nachwuchswissenschaftler ist gut, aber nicht ausreichend. Nicht zuletzt der so genannte Karrikaturenstreit hat gezeigt, wie wichtig eine breite, positive öffentliche Meinung gegenüber Deutschland und Europa wäre, um Konflikte zu mindern oder zu entschärfen. Für auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik heißt das nicht zuletzt, auch den Berufsbildungsbereich im Auge zu behalten.

Attraktivität und Kommunikationsfähigkeit, sanfte Macht also, sind natürlich von Ressourcen abhängig, die auch „harte Macht“ messen – von der Wirtschaftskraft etwa – wie auch von der Bereitschaft, materielle Ressourcen einzusetzen. Soft Power gibt es nicht kostenlos.

Soft Power und Attraktivität beruhen auf Leistung und Qualität. Dazu gehört etwa die Qualität unseres Bildungssystems. Pisa-Ergebnisse werden auch anderswo wahrgenommen und reduzieren die Attraktivität Deutschlands. Die Lissabon-Strategie (das Vorhaben, die EU zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln) ist ein guter Ansatz, der aber nur wirkt, wenn er mit konkreten Schritten umgesetzt wird.

Soft Power hängt oft von Politik im Inneren ab, die anderen Rationalitäten folgt als die Außen- oder die auswärtige Kulturpolitik. Dazu gehören etwa Migrationspolitik und Visavergabe oder die Integrationspolitik.



Als Warnung gegenüber einer allzu idealistischen Lesart von sanfter Macht sei gesagt, dass Soft Power die Erwartung an mehr Einsatz von harten Machtmitteln nach sich ziehen kann: Die Erwartung an Deutschland und Europa, sich stärker mit materiellen Ressourcen einzubringen und unter Umständen auch in Krisen und Konflikten nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu intervenieren, sind eindeutig gestiegen. Der Aufbau von sanfter Macht hält uns also die harten Konflikte dieser Welt nicht vom Leib.

**Professor Dr. Volker Perthes** ist Direktor des Deutschen Institutes für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Wissenschaft und Politik

# Die Rolle und das Verständnis von Soft Power in der Deutschen Außenpolitik

von Peter Wittig

Der Begriff „*Soft Power*“ hat eine Erfolgsgeschichte hinter sich. Joseph Nye hat ihn geprägt. Er benennt beileibe kein neues Phänomen, sondern bringt Bekanntes, auch Verschiedenartiges auf eine einprägsame Formel. Sein polemischer Widerpart ist natürlich *Hard Power*, das Militärische und Wirtschaftliche. Auch deshalb wurde *Soft Power* als Begriff so populär. Doch lassen wir uns getrost auf ihn ein!

## Was ist *Soft Power*?

*Soft Power* ist – nicht anders als *Hard Power* – eine Form der Machtausübung. *Soft Power* ist die Fähigkeit eines Landes, andere für sich einzunehmen oder zu einer Entscheidung zu seinen Gunsten zu bewegen, ohne dabei Zwangsmaßnahmen anzuwenden oder auch nur anzudrohen. Im Gegenteil: *Soft Power* stiftet Kooperation! Es ist also so etwas wie die Überzeugungs- und Anziehungskraft, vielleicht auch die Autorität, Glaubwürdigkeit, ja Modellhaftigkeit eines Landes. Sie kann auf ganz unterschiedliche Art und Weise zustande kommen: durch als beispielhaft und nachahmenswert empfundene interne Regierungsführung, durch eine als konstruktiv und zuverlässig angesehene auswärtige Politik oder auch durch die Strahlkraft besonderer Leistungen in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen wie Kultur, Wissenschaft oder auch Sport.

Deutsche *Soft Power* speist sich auch aus all diesen Quellen: aus einer rechtstaatlichen Grundordnung, aus einem kooperativen multilateralen Außenpolitik, aber auch aus dem literarischen oder musikalischen Erbe der großen Klassiker, aus innovativer Ingenieurskunst und ebenso aus einer stimmungsvollen Fußballweltmeisterschaft oder der urbanen Anziehungskraft der Hauptstadt.

Die Macht der *Soft Power* zeigt sich exemplarisch in der Europäischen Union. So wäre zum Beispiel die Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges in marktwirtschaftliche Demokratien ohne die Anziehungskraft der EU sicher nicht möglich gewesen. Das europäi-

sche Modell hat ungebrochene Wirkung auf potenzielle EU-Beitrittskandidaten vom Westbalkan bis zur Ukraine, in anderer Form auch auf die Mittelmeeranrainer im Rahmen des sog. Barcelona-Prozesses. Die OSZE ist ein anderer Fall erfolgreicher *Soft Power*.

Gibt es – über die EU hinaus – eine spezifisch deutsche *Soft Power* oder geht sie ganz in der europäischen auf? Gewiss hat Deutschland keine kulturelle, „zivilisatorische Mission“ mit universeller Strahlkraft anzubieten – so wie etwa Frankreich und Großbritannien als „Gründernationen“ von Demokratie, Menschen- und Bürgerrechten. Der Nationalsozialismus hat jegliche Form von „ideologischer Macht“ Deutschlands gründlich diskreditiert. Andererseits wächst Deutschland gerade aus der Abwesenheit einer tiefgehenden Kolonialgeschichte ein positives politisches Vertrauenskapital in vielen Entwicklungs-Regionen zu. Aber bei dieser politischen Reputation schneiden wir sicherlich nicht besser ab als einige unserer EU-Partner, insbesondere im skandinavischen Raum. Spezifisch deutsche *Soft Power*-Qualitäten, die über das Etikett EU hinausreichen, erkennt der ausländische Beobachter am ehesten in den Bereichen Wissenschaft und Technik sowie in einigen Forschungs- und Entwicklungssektoren, zum Beispiel Ökologie.

## Welchen Stellenwert hat *Soft Power* in der deutschen Außenpolitik?

Der Stellenwert von *Soft Power* in der deutschen Außenpolitik ist seit der Gründung der Bundesrepublik hoch. Dies liegt nicht nur daran, dass für die junge Bundesrepublik vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs *Hard Power* vorerst keine Option war. Es liegt vor allem auch an den positiven Eigenschaften von *Soft Power*: Hier handelt es sich um eine Ressource, die sich durch ihre Anwendung nicht abnutzt. Im Gegenteil: durch ihre erfolgreiche Anwendung wird sie sogar größer! So gesehen, ist *Soft Power* zweifellos eine weitaus kostengünstigere Form der Machtausübung als *Hard Power*. Dies darf freilich nicht zu der Annahme verleiten, *Soft Power* sei kostenfrei. *Soft Power* beruht auf Reputation und deren Anerkennung durch Dritte – also auf zwei Faktoren, die ständiger Pflege bedürfen. Dies gilt umso mehr, als Staaten wie Deutschland, deren Macht zu einem erheblichen Teil auf *Soft Power* beruht, sich einen Einbruch der Reputation weit weniger leisten können als Staaten, die ihre Macht zu einem höheren Anteil per *Hard Power* projizieren. Sie werden unschwer erkennen, dass sich aus diesen Aussagen ohne weiteres ein Plädoyer für eine mit langem Atem und den nötigen Ressourcen ausgestattete Wissenschaftspolitik ableiten lässt. Bevor ich dieses Plädoyer halte, möch-

te ich allerdings eine wichtige, eigentlich selbstverständliche Klarstellung einschieben.

### **Soft Power alleine reicht nicht aus.**

Auch wenn sie in ihrer Bedeutung noch so wichtig ist: *Soft Power* alleine reicht für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik nicht aus, sondern muss durch *Hard Power* ergänzt werden. *Soft* und *Hard Power* dürfen nicht – wie das Robert Kagans Aufsatz „Power und Weakness“ aus dem Jahr 2002 suggeriert haben mag – als Gegensätze verstanden werden im Sinne eines „Americans are from Mars and Europeans are from Venus“. *Soft* und *Hard Power* sind vielmehr Ergänzungen und gehören beide zu unserem außenpolitischen Repertoire. Genau wie sich keine Ordnung oder Stabilität dauerhaft alleine auf Zwang gründen kann, so gibt es internationale Konflikte, die den Einsatz oder zumindest die Option von *Hard Power* erfordern, weil „weiche Argumente“ allein nicht zu überzeugen wissen. Ein gutes Beispiel für die Verschränkung von *Soft* und *Hard Power* können wir derzeit im Libanon betrachten. Einerseits unterbinden acht Schiffe der Bundesmarine im Rahmen eines robusten UN-Mandats den Waffenschmuggel zur See, andererseits bemüht sich die Bundesregierung zusammen mit anderen Nationen, das Gewicht, das die Konfliktparteien Deutschland zumessen, in eine nachhaltige Konfliktlösung umzusetzen. In anderen Worten: Indem die *Hard Power* der Marine unmittelbare und gegenwärtige Bedrohungen unterbindet, schafft sie diplomatischen Freiraum für die Vereinbarung einer langfristig stabilen Ordnung. Dieses komplementäre Verhältnis zwischen *Hard* und *Soft Power* ist in der Europäischen Sicherheitsstrategie ebenso angelegt wie im "Aktionsplan Zivile Krisenprävention" der Bundesregierung.

In diesem Zusammenhang ein Caveat: Die These ist weit verbreitet – auch Joseph Nye hängt ihr an – , dass Informationsrevolution und Globalisierung das relative Gewicht von *Soft Power* gegenüber *Hard Power* gleichsam ganz zwangsläufig erhöhen werden. Doch hier ist Vorsicht geboten. Die starke Polarisierung zwischen dem Westen und Teilen der islamischen Welt spricht eine andere Sprache. In vielen Teilen der Welt ist das, was wir als Errungenschaften der spezifisch westlichen, wissenschaftlich-technischen Zivilisation betrachten, nur bedingt vorbildfähig. Dort gelten andere Rationalitäten und Normen. Wer seine Rolle kompetent spielen will, muss die Klaviatur dieser unterschiedlichen Rationalitäten und Normen beherrschen. Dies ist eine Herausforderung besonders für die Diplomatie, aber auch für die Politik und andere Mittler von *Soft Power*.

### **Brauchen wir neue Ansätze zur Projektion von Soft Power?**

Das Auswärtige Amt nimmt für die Projektion von *Soft Power* eine wichtige Funktion ein: Es stellt *Soft Power* durch seine operative Arbeit nicht nur her, sondern nimmt oftmals auch für anderen Produzenten dieses Gutes eine Mittlerfunktion wahr, indem es deren Wirken im Ausland sichtbar macht und in politischen Gewinn umsetzt. Dabei bemüht es sich besonders, typisch deutsche *Soft Power*-Komponenten – ich nenne hier beispielhaft unser in der ganzen Welt als vorbildlich empfundenen duales Ausbildungssystem – in den Mittelpunkt zu stellen. Gleiches gilt für die Standort-Kampagne "Deutschland – Land der Ideen". Hier versuchen wir, eine spezifische deutsche Reputation nicht nur in außenwirtschaftlichen, sondern in allgemein-politischen Gewinn umzusetzen.

Georg Schütte hat in seinem prägnanten ZEIT-Artikel vom 12. April 2006 auf einige Defizite in der Institutionalisierung der Außenwissenschaftspolitik hingewiesen, die der eingehenden Diskussion bedürfen. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen: Außenwissenschaftspolitik braucht nicht nur, wie von Schütte gefordert, zweckdienliche Abstimmungsmechanismen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, sie braucht auch eine konsequentere Verknüpfung unserer Wissenschaftsinteressen mit anderen politischen Interessen. Die Betonung liegt auf "konsequenter", den ansatzweise wird diese Verknüpfung schon jetzt erkannt und gefördert. Ich verweise zum Beispiel auf den Zusammenhang zwischen kultureller Präsenz im Ausland und den Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Dies ist auch meine ganz persönliche Erfahrung auf meinen Auslandsposten. Wo Deutschland kulturell und wissenschaftlich sichtbar ist, eröffnen sich zusätzliche Chancen für deutsche Unternehmen. Bezeichnenderweise sind die ostasiatischen Schwellenländer eine unserer drei kulturpolitischen Schwerpunktregionen.<sup>1</sup>

Ein weiteres Beispiel finden Sie in der Energiepolitik: So werden im energiepolitischen Gesamtkonzept der Bundesregierung, das derzeit auch mit Blick auf unsere EU- und G8-Präsidentschaft ausgearbeitet wird, die Ziele der Energie-Effizienz und Energie-Diversifizierung nicht nur aus sachimmanenten Gründen einen hohen Stellenwert einnehmen, sondern auch, weil Deutschland in diesen Bereichen technologisch führend ist – in anderen Worten, weil eine vernünftige Energiepolitik auch den Wissenschafts-

<sup>1</sup> Die beiden anderen sind – aus stabilitätspolitischen Gründen – Osteuropa und die islamische Welt.

standort Deutschland festigen und wirtschaftliche Rendite abwerfen wird.

Auch die Tatsache, dass etwa 30% unserer Kulturhaushalts der Wissenschaftsförderung gilt und dass wir an unseren Auslandsvertretungen 22 Wissenschaftsreferenten beschäftigen – vorwiegend in Nordamerika, Europa und Ostasien – , verdeutlichen, dass Wissenschaftspolitik als außenpolitisches Anliegen angekommen ist.

Dennoch, ungeachtet dieser positiven Beispiele: Schüttes ZEIT-Artikel wie auch diese Veranstaltung deuten darauf hin, dass Außenwissenschaftspolitik noch keinen adäquaten Stellenwert hat. Ich hoffe, dass unsere heutige Veranstaltung hierzu Anregungen geben wird. Hieran zu arbeiten, könnte zur Stärkung deutscher *Soft Power* beitragen.

**Botschafter Dr. Peter Wittig** ist Leiter der Abteilung Vereinte Nationen und Globale Fragen im Auswärtigen Amt

# Thesen zur Außenwissenschaftspolitik

## „Herausforderungen der globalen Wissensgesellschaft“

von Ulla Burchardt

### 1. Die Perspektive erweitern

- Die globale Wissensgesellschaft erfordert eine globale Gestaltungsperspektive um Frieden zu sichern, Demokratie zu fördern, Menschenrechte zu schützen.
- Die traditionelle Ausrichtung auswärtiger Politik auf die Verbesserung Deutschlands Ansehens und (wirtschaftlicher) Position in der Welt verstellt den Blick für die neuen Herausforderungen und zu überwindenden Hemmnisse.

### 2. Wissen als zentrale Ressource für menschliche Entwicklung erschließen

- Die wissenschaftlich-technologische Revolution ist Triebkraft der Globalisierung – sie bringt Menschen näher zusammen und verschärft gleichzeitig die Spaltung in (Wissens-)Arme und (Wissens-)Reiche innerhalb und zwischen den Staaten.
- „Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass die Welt bei der menschlichen Entwicklung auf ein Desaster zusteuert, dessen Kosten in ... verpassten Gelegenheiten zur Armutsreduzierung gemessen wird.“  
(UNDP-Bericht 2005)
- Die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie machte schon immer einen Teil der bilateralen und multilateralen Beziehungen aus. Jetzt ist ein Paradigmenwechsel nötig.
- Je mehr Staaten und Menschen an Wissen partizipieren und von mehr Wissen profitieren, desto größer ist der Nutzen für alle. Es kommt auf die gesamte Wertschöpfungskette an: Wissensproduktion / Bildung, Zugang und Verteilung von Wissen, Anwendung von Wissen / Verfügung über Technik.
- (Welt-) Offenheit ist die Voraussetzung, um die Chancen der Wissensgesellschaft zu nutzen.

### 3. Deutschland fit machen für die Wissensgesellschaft

- Deutschland ist abgekoppelt vom internationalen Trend der Höherqualifizierung, das Bildungswesen ist hoch selektiv, die Bildungsausgaben stagnieren ebenso wie das Qualifikationsniveau.
- Längerfristige und aktuelle Entwicklungen verschärfen regionale und soziale Schieflagen.
- Die mentalen Grenzen der Internationalisierung von Bildung und Forschung: das Bewusstsein für „brain circulation“ ist gering, die Bedrohungsmentalität dominant.

### 4. Probleme der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für Entwicklung

z.B.: Handelspolitik als Hemmschuh:

- In einigen Bereichen tragen WTO-Regeln gezielt zur Verschärfung der globalen Ungleichheit bei, indem sie die Erträge des Wissenszuwachses bzw. die Anwendung von Technik für die reichen Länder reservieren und öffentliche Güter gefährden.
- Das Trips-Übereinkommen zum Schutz des geistigen Eigentums als Voraussetzung des freien Handels wird zunehmend missbraucht durch die technologischen Vorsprünge und monopolartige Marktmacht großer Konzerne.
- Der Patentschutz, ausgeweitet auf genetische Ressourcen, Mikroorganismen, Pflanzensorten und Saatgut schließt Entwicklungsländer von der Nutzung heimischer Ressourcen aus und zwingt sie in neue ökonomische Abhängigkeiten.
- Das Verbot der Produktion von Imitaten geschützter Medikamente, z.B. zur AIDS-Bekämpfung macht einen besseren Gesundheitszustand und ein längeres Leben in den Entwicklungsländern unbezahlbar.
- Das GATS-Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen erfasst auch Bildungsdienstleistungen und ist eine potentielle Bedrohung öffentlicher Bildungssysteme.
- Multilaterale Regeln müssen so gestaltet werden, dass politische Gestaltungsspielräume der Staaten nicht unterlaufen und die gleichberechtigte Teilhabe an der Produktion, Verteilung und Nutzung von Wissen nicht verhindert wird. Entwicklungsländer brauchen Hilfen zum Aufbau hinreichender Bildungs- und Technologiekapazitäten.

z.B.: Gefährdung des internationalen Friedens im High-Tech-Zeitalter:

- Alle Hochtechnologiefelder sind direkt oder indirekt für militärische Systeme / Nutzungen relevant. Zu den speziellen Technologien mit hoher Relevanz für Streitkräfte und andere Akteure gehören aktuell Bio-Technologie, Mikrosystem- und Nanotechnologie, IuK, Robotik.
- Neue Technologien eröffnen neue militärische Optionen und Militärstrategien, die (neue) Risiken mit sich bringen wie Stabilitätsgefährdung, qualitatives Wettrüsten, Bindung knapper öffentlicher Mittel, Gefahren der Proliferation, Gefährdung von Rüstungskontrollverträgen, Risiken für Menschen, Gesellschaften und Völkerrecht.
- Es ist Aufgabe von Wissenschaft und Politik, solche Risiken und Gefahren zu analysieren und neue effiziente und präventive Rüstungskontrollstrategien zu entwickeln, um zu verhindern, dass aus der technologischen Dynamik eine kaum mehr zu begrenzende Rüstungsdynamik wird.

## 5. Bridging the knowledge gap

### 5 Aufgaben Deutschlands in der globalen Wissensgesellschaft:

- Bildung als öffentliches Gut sichern und für alle fördern
- Wissenschaftliches Wissen durch Forschungs Kooperationen mehren
- Gesellschaftlich notwendiges (Problemlösungs-) Wissen produzieren
- Transparenz herstellen und Risikopotenziale vermindern
- Monopolisierung von Wissen verhindern - internationale Kooperationen und Regeln überprüfen

## 6. Die politischen Strukturen/Institutionen den Herausforderungen der globalen Wissensgesellschaft anpassen

- Etablierung eines Monitoringsystems auf UN-Ebene zu den Wirkungen wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen auf menschliche Entwicklung und globale Sicherheit.
- „Die demokratische Kontrolle und Legitimierung globaler Politik, vor allem deren Institutionalisierung im UNO-System, gehört zu den großen Herausforderungen in einer globalisierten Gesell-

schaft.“  
(Beschluss des Bundestages)

**Ulla Burchardt, MdB**, ist Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages

# Internationale Wissenschaftspolitik oder Außenwissenschaftspolitik? – Fünf Thesen

von Frieder Meyer-Krahmer

## These 1

Wissenschaft hat sich in ihrer Geschichte nur in den seltensten Fällen durch nationale Grenzen einschränken lassen, Wissenschaftspolitik ist dagegen bis heute vorwiegend national ausgerichtet. Dies sollte sich in Zukunft ändern. Die sich öffnende Weltgemeinschaft bietet Chancen, der Forschung neue Dimensionen zu eröffnen. Eine moderne Wissenschaftspolitik muss künftig sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet sein. Beide politische Richtungen weisen hohe Interdependenzen auf und müssen sich daher ergänzen und verstärken. Im Mittelpunkt des nach innen gerichteten Ansatzes steht ein neues Paradigma einer modernen Standortpolitik, in dessen Rahmen Faktoren wie exzellente Forschungsinfrastruktur, Hochqualifizierte und Zukunftsmärkte in den Vordergrund rücken. Sie sind die neuen Treiber für die Anziehungskraft des Standortes Deutschland im weltweiten Forschungs- und Innovationswettbewerb. Der nach außen gerichtete Ansatz dagegen hebt auf strategische Partnerschaften, eine gelungene Anknüpfung an international führende Wissenschaftssysteme und den Zugang zu den weltweiten Talenten ab. Insbesondere die Mobilität der Hochqualifizierten und die erforderliche internationale "brain circulation" – und nicht die Einbahnstraßen "brain drain" und "brain gain" der Politikdebatten des letzten Jahrzehnts - bedingen eine Interdependenz beider Politikansätze.

Dieser konzeptionelle Hintergrund lässt mich zu der These kommen, dass der Begriff einer "internationalen Wissenschaftspolitik" im Vergleich zu dem in dieser Veranstaltung verwendeten Begriff der "Wissenschaftsaußenpolitik" vorzuziehen ist.

## These 2

Wir sind noch weit davon entfernt, die Chancen internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit und institutioneller Netzbildung sowohl im Interesse nationaler Innovationsprozesse, im Interesse eines weltweiten Wissenschaftsfortschritts als auch im Interesse einer globalen Entwicklung zu nutzen. Die nati-

onalen forschungspolitischen Gestaltungsoptionen gewinnen durch die Globalisierung neue Freiräume. Dies setzt allerdings voraus, dass wir national wie auch international Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich nicht nur die Chancen entwickeln können, sondern dass auch nötige Spielregeln, z. B. zum Schutz geistigen Eigentums, gefunden und – noch wichtiger – eingehalten werden.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, mit einer Internationalisierungsinitiative für die deutsche Forschung diese sich bietenden Potenziale zu nutzen. In Verbindung mit der Hightech-Strategie kommt ihr eine zentrale Bedeutung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer nationalen aber auch der europäischen Forschungskompetenz zu.

## These 3

Die Grundorientierung einer solchen international orientierten Wissenschaftspolitik ist von einer gelungenen Balance von nationalem Interesse und internationaler Partnerschaft abhängig. Dies setzt einerseits voraus, unsere nationalen Interessen klar und unmissverständlich zu definieren und auch zu vertreten, andererseits die Ziele anderer Länder zu kennen und im Interesse einer langfristig nachhaltigen Partnerschaft auf einen Mehrwert für beide Seiten hinzuarbeiten. Die Erkenntnis in der Spieltheorie, dass win-win-Situationen als besonders günstige Konstellation für Kooperation gelten, lässt sich auch hier anwenden. Gerade im Bereich Wissenschaft und Innovation ist leicht einsehbar, dass es sich hier nicht um ein Nullsummenspiel handelt, in dem der Gewinn des Einen der Verlust des Anderen bedeutet.

Am Beispiel des „brain gain“ möchte ich diesen Gedanken verdeutlichen: jedes Land hat ein großes Interesse, Hochqualifizierte aus anderen Ländern für sich zu gewinnen; andererseits sind sowohl zur Qualifizierung des eigenen Nachwuchses als auch zur Aufnahme international vorhandener Wissenschaftler internationale Aufenthalte und Erfahrungen unabdingbar, wodurch jedes Land an zunehmender Auslandsmobilität eigener Studenten und Wissenschaftler ein hohes Interesse haben muss. Es ist deshalb nicht nur wünschenswert, dass die besten Wissenschaftler der Welt in deutschen Exzellenzzentren arbeiten, sondern dass deutsche Wissenschaftler ebenso in international führenden Zentren anderer Länder Erfahrungen sammeln. Durch diesen „brain circulation“-Ansatz können alle Länder, die eine freie Mobilität ihrer Wissenschaftler unterstützen, eine Optimierung ihrer wissenschaftlichen Gesamtleistung erreichen - ganz

abgesehen von dem nötigen Verstehen anderer Kulturen. Der weltweite „Wettbewerb um Talente“, wie dies meine Ministerin Dr. Annette Schavan nennt, wird alle Standorte "unter Dampf" halten.

Ähnliche Betrachtungen sind auch auf den Bereich der Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) übertragbar: Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im FuE-Bereich dürfen nicht primär als Bedrohung angesehen werden, selbst wenn hiermit Arbeitsplatzverluste verbunden sein sollten (was sie nachweislich meistens nicht sind); es ist vielmehr davon auszugehen, dass diese Investitionen langfristig eine richtige Strategie zur Sicherung der Wettbewerbsposition der Unternehmen ist. Deutschland muss andererseits aber auch attraktiv für FuE-Investitionen ausländischer Unternehmen sein. Gegenwärtig stehen den rd. 11 Mrd. € FuE-Aufwendungen deutscher Unternehmen im Ausland etwa 11 Mrd. € FuE-Aufwendungen ausländischer Unternehmen in Deutschland gegenüber. Die Bilanz ist also ausgeglichen. Als forschungs- und innovationsstarkes Land dürfen wir uns nicht mit einer ausgeglichenen Bilanz zufrieden geben, sondern müssen eine signifikant höhere Investition ausländischer Unternehmen nach Deutschland anstreben. Eine solche Entwicklung sichert und vermehrt Arbeitsplätze auf höchster Wertschöpfungsstufe.

#### **These 4**

Soweit die zunehmenden Herausforderungen globaler Natur sind, wird das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der multilateralen Zusammenarbeit werden. Wir brauchen dringend mehr und schnelleren politischen Konsens bei Antworten auf die weltweiten Probleme und Spielregeln im Umgang miteinander. Die Handlungsfelder sind offensichtlich: Klima, Katastrophenschutz, geostrategische Faktoren wie Energie und Wasser, Pandemien, Sicherheit, Migration sowie Felder ohne ausreichende Spielregeln wie Produktpiraterie und geistiges Eigentum, um nur Beispiele zu nennen.

Wir brauchen in diesem Politikbereich eine Langfristspektive als Leitfaden nationaler und multilateraler Politikziele. Wissenschaft und Forschung können hierbei die Grundlage für politisches Handeln schaffen, damit nicht jedes Industrieland seine eigenen Wege geht und die politische Durchsetzbarkeit national entwickelter Partikularlösungen wegen nationaler Interessen und systemischer Inkompatibilitäten erschwert wird. Wir brauchen deshalb eine unter den führenden Ländern abgestimmte langfristig orientierte gemeinsame Forschungsagenda.

Zwar arbeitet die Wissenschaft bereits auf vielen Gebieten und in einer Vielzahl unterschiedlicher Plattformen international sehr eng zusammen, multilaterale forschungspolitische Initiativen sind dagegen eher die Ausnahme und i.d.R. auf Großprojekte der Grundlagenforschung beschränkt. Es gilt, die jeweils nationalen Forschungspolitiken und -ressourcen der Industrie- und möglichst auch der Schwellenländer strategisch zu bündeln um damit schneller und effektiver gemeinsame globale Ziele zu erreichen. Den G8-Staaten kommt aufgrund ihrer wissenschaftlich-technologischen Führungsrolle hierbei eine besondere Verantwortung zu. Deutschland wird deshalb die nächsten Treffen der G8-Forschungsminister (Carnegie-Runde) nutzen, um über solch eine gemeinsame Forschungsagenda der nächsten Dekade und über Instrumente der Umsetzung zu beraten.

Als Organisation eignet sich für die Umsetzung eines solchen "Agenda Setting" z. B. die OECD, die im Kreis der Industriestaaten als neutrales und unabhängiges politisches Forum anerkannt ist, in dem einerseits die Chancen einer globalisierten Ökonomie, gleichzeitig aber auch Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft herausgearbeitet werden. So hat sich u. a. das Global Science Forum der OECD auf hochrangiger wissenschaftlicher Ebene bereits mit einer Vielzahl globaler Themen befasst, die als Grundlage und Bausteine für die Entwicklung einer umfassenden Forschungsagenda dienen können. Da die OECD auch eine wichtige Rolle als Bindeglied zu anderen internationalen Organisationen, wie z. B. den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder auch der Weltbank spielt und darüber hinaus über besonders enge Beziehungen zur Wirtschaft verfügt, könnte die OECD auch bei der späteren Umsetzung einer gemeinsamen Forschungsagenda eine wichtige Rolle spielen. Auch hier ist die OECD nicht unerfahren, da sie bereits schon einmal – nach der Energiekrise in den 70er Jahren – mit der Gründung der Internationalen Energieagentur wertvolle Erfahrungen im Management internationaler Programme sammeln konnte.

Je intensiver und offener die Wissenschaft weltweit zusammenarbeitet, umso dringlicher wird aber auch die Einhaltung von Regeln im Umgang mit dem geistigen Eigentum: es ist nicht akzeptabel, wenn ein Land technologische Entwicklungen finanziert und andere diese Technologien - mit all ihren Konsequenzen für Arbeitsplätze und Wohlstand - illegal nutzen. Piraterie trübt nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Beziehungen. Deshalb



wird Deutschland dieses Thema auch auf die politische Agenda sowohl der deutschen EU-Ratspräsidentschaft als auch des kommenden G8-Treffens in Deutschland setzen.

### These 5

Um Deutschland weiterhin erfolgreich als eine führende Industrienation weltweit zu positionieren, darf es nicht nur als „Land der Ideen“ gelten, sondern es muss gelingen, beim Transfer von Wissen in die Anwendung schneller und effizienter zu werden. Kreativität und Umsetzungsstärke sind die Ingredienzien, erfolgreich die Nase vorn zu haben im Innovationsgeschehen. Dies setzt auf Regierungsseite vor allem voraus, dass wir über Ressort- und Ländergrenzen hinweg zu einer horizontalen Politikvernetzung kommen, um Kräfte und Ressourcen zu bündeln anstatt Hürden aufzubauen und endlose Zuständigkeitsdebatten zu führen. Es gibt eine Vielzahl von Themenfeldern in den Bereichen Umwelt und Ökologie, Energie, Wasserwirtschaft, Verkehr oder auch Stadtentwicklung, auf denen international verschiedene Bundesinstitutionen z.T. wenig abgestimmt mit unterschiedlichen Zielen und Schwerpunkten in denselben Ländern aktiv sind. Dies trägt nicht zur Stärkung unserer internationalen Position und auch nicht zur Verbesserung unserer Reputation bei. Gerade in wichtigen Zukunftsbereichen brauchen wir eine Politik aus einem Guss, die sich auf gemeinsame Langfriststrategien verständigt und wirksame Koordinierungsmechanismen zwischen Regierungs-, Mittler- und Durchführungorganisationen entwickelt.

Zu oft bleibt die nötige horizontale Politikvernetzung aufgrund der bekannten Zuständigkeitsdilemmata in einer Sackgasse stecken: Es werden dringend neue und effektivere Instrumente und Prozesse benötigt, die eine überzeugende horizontale Vernetzung möglich macht. Auch deshalb präferiere ich im Gegensatz zum Titel dieser Veranstaltung das Motto einer "internationalen Wissenschaftspolitik" damit das gemeinsame Anliegen nicht vorschnell in einer Ressortschublade verschwindet, sei es die der Forschungs-, der Außen-, der Wirtschafts- oder der Dritte Welt-Politik.

Mit der Hightech-Strategie hat die Bundesregierung begonnen, eine neue Qualität ressortübergreifender Strategiebildung einzuleiten; diesen Weg wollen wir konsequent in allen forschungs- und innovationsrelevanten Feldern fortsetzen.

Die Bundesregierung hat sich in diesem Rahmen ebenso eine Initiative zur Internationalisierung der deutschen Forschung und Wissenschaft vorgenommen. Wie in These 1 erläutert, werden die Maßnahmen dieser Initiative in Verbindung mit der Hightech-Strategie sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet sein.

Nach innen benötigen wir eine Vielzahl von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des deutschen Forschungssystems: diese reichen von international sichtbaren Spitzenkompetenzzentren bis hin zu einladenden Aufenthalts- und Berufsperspektiven für hoch qualifizierte Ausländer. Nach außen hin müssen wir auf der Grundlage breit abgestimmter Länderstrategien unsere Präsenz in Regionen mit großen Zukunftspotenzialen ausbauen. Die hierzu notwendigen Maßnahmen reichen vom Ausbau eines effektiven Wissenschaftsreferenten-Netzwerks bis hin zu gemeinsamen Auslandsrepräsentanzen deutscher Forschungs- und Mittlerorganisationen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die internationale Offenheit Deutschlands in Verbindung mit einer verstärkten Präsenz in anderen Ländern nicht nur unsere eigene wissenschaftlich-technologische Leistungsfähigkeit und die unserer Partnerländer stärken, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung interkultureller Beziehungen leisten wird.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung und die Stiftung für Wissenschaft und Politik haben mit diesem Symposium einen wichtigen, richtungweisenden Impuls für eine noch vor uns stehende Debatte gegeben. Damit wird auch von der Politik eingefordert, überzeugende Antworten und Maßnahmen zu entwickeln. Teile des Pflichtenhefts sind damit schon verfasst. Dafür danke ich den Initiatoren.

**Professor Dr. Frieder Meyer-Krahmer** ist Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

# Außenwissenschafts- politik – zur Produktivi- tät eines neuen Politik- feldes

von Günther Maihold

## 1. Außenwissenschaftspolitik oder Wissenschaftsaußenpolitik?

Auf den ersten Blick mögen die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Außenwissenschaftspolitik und die konkrete Formulierung des Politikfeldes müßig erscheinen. Indes erhält diese Überlegung durchaus ihren Sinn, ist doch vom von Erfinder des Begriffes Georg Schütte (vgl. den Beitrag in DIE ZEIT vom 12. April 2006) durchaus bewusst die Analogie zur Außenwirtschaftspolitik gesucht worden. Damit wird die Beeinflussung der ökonomischen grenzüberschreitenden Transaktionen bezeichnet, d.h. das nach außen gerichtete Handeln staatlicher Instanzen im Bereich Handel und Währung. Dies bedeutet, dass es sich um einen ureigenen Gegenstandsbereich handelt, der in seinen Außenbeziehungen über die binnenwirtschaftliche Dimension der Wirtschaftspolitik gestaltet werden soll.

Demgegenüber beabsichtigt Schütte in meiner Lesart aber etwas anderes: Ihm geht es weniger um die Aktivierung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen, die in vielfacher Weise durch bestehende Mittlerorganisationen gepflegt werden. Vielmehr steht ein Interesse nach Verzahnung im Vordergrund, das Wissenschafts-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Außenpolitik kohärenter aufeinander beziehen soll. Es geht also offensichtlich eher um die Wahrnehmung einer Querschnittsaufgabe, die den einzelnen Ressorts durch besondere institutionelle Vertretungsformen in stärkerem Maße zur Kenntnis gebracht oder in das Bewusstsein gehoben werden soll. Bei der „Außenwissenschaftspolitik“ würde demzufolge eher das Handeln eines Staates gegenüber einem ausländischen staatlichen oder nichtstaatlichen Akteur im Vordergrund stehen, als „Wissenschaftsaußenpolitik“ aber das Interesse an der Wahrnehmung außenpolitischer Dimensionen eines an sich existierenden Systems der Wissenschaften verstanden werden.

## 2. Außenwissenschaftspolitik<sup>1</sup> – bi- oder multilateral?

Das außenpolitische Handeln Deutschlands vollzieht sich in immer größerem Umfang in europäischen Kontexten. Unter Europäisierung wird dabei sowohl die Vergemeinschaftlichung von Politikaufgaben zugunsten der Europäischen Kommission im Sinne der Übertragung von Souveränität verstanden wie auch die intergouvernementale Aushandlung von Politiken im Rahmen des Europäischen Rats als Koordination nationalstaatlich gebundener Kompetenzen. Es ist nun die Frage zu klären, ob Außenwissenschaftspolitik sich vornehmlich in Richtung einer Europäisierung bewegen sollte oder im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) zum engeren Bestandteil nationaler Außenpolitik zu zählen ist.

Nach meiner Auffassung sollte die Außenwissenschaftspolitik weiterhin zum bilateralen Instrumentarium deutscher Außenpolitik gehören, da trotz des Bologna-Prozesses und anderer vergleichbarer Bemühungen zur Vereinheitlichung von Standards im Bildungs- und Wissenschaftssystem die Wahrnehmung von Bildungsmöglichkeiten in Europa durch Interessenten im Ausland stark an nationalen Standorten ausgerichtet ist. Insoweit besteht auch in dieser Frage ein Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, der mittels geeigneter nationaler Fördermaßnahmen durch die jeweiligen Regierungen befördert wird. Auch Deutschland hat insoweit ein deutliches Interesse an der Gewinnung hoch qualifizierter Wissenschaftler für seine Positionierung in der internationalen Wirtschaftswelt und Wissenschaftskonkurrenz.

## 3. Außenwissenschaftspolitik als eigenständiges Politikfeld?

Mit der Forderung nach der Bildung eines Unterausschusses für Außenwissenschaftspolitik des Deutschen Bundestages wird implizit argumentiert, dass Außenwissenschaftspolitik ein eigenständiges Politikfeld darstelle, wie etwa die Sport- oder Sozialpolitik. Hier bestehen aber Zweifel an der sinnvollen Positionierung des Themas: Auch wenn das Interesse an der Förderung des Standortes Deutschland durch Präsentation seiner Stärken bei wissenschaftlichen Einrichtungen und Angeboten unbedingt zu unterstützen ist, bedarf es zur Herstellung eines eigenständigen Politikfeldes weiterer Elemente jenseits der Definition der Zielvorgaben. Ein Politikfeld konstituiert sich

<sup>1</sup> Obwohl mir der Begriff Wissenschaftsaußenpolitik den gemeinten Sachverhalt besser zu treffen scheint, übernehme ich im Folgenden den Begriff „Außenwissenschaftspolitik“.

darüber hinaus aus Trägern, Adressaten, spezifischen Instrumenten und der Möglichkeit zur Kontrolle bei der Zielerreichung.

Hier beginnen jedoch die Schwierigkeiten mit der Außenwissenschaftspolitik:

- Ist das Feld in der Lage, seine Träger und Adressaten klar zu bestimmen, wenn es doch – wie oben ausgeführt – in zentraler Weise von Querschnittsaufgaben geprägt ist?
- Kann das Politikfeld spezifische Instrumente einsetzen, wenn doch die Erzielung von Ergebnissen in großem Umfang von den Leistungen anderer Politikfelder (etwa der Wirtschafts- und Technologiepolitik) abhängig ist?
- Ist das Politikfeld dazu geeignet, seine Ergebnisse soweit zu kontrollieren, dass diese in signifikanter Weise durch eigenes Handeln beeinflussbar und nachhaltig abzusichern sind?

Folgt man der von Arnold Wolfers<sup>2</sup> vorgetragenen Unterscheidung von „Milieu- und Besitzzielen“ in der Außenpolitik, so wird schnell deutlich, dass erstere – da sie in zentraler Weise auf *soft-power* beruhen – nur über den Vorbildcharakter und die Anerkennung einer Gesellschaft zu erlangen sind. Die Ziele der Außenwissenschaftspolitik liegen im Bereich der Milieuziele, sie basieren auf Vertrauen und Kooperation als Rahmenbedingungen für ihren Erfolg; insoweit ist es im Bereich der Außenwissenschaftspolitik schwierig anzunehmen, dass sie erfolgreich Kontrolle über die Zielerreichung aus sich selbst heraus erzielen kann. Die Qualität als eigenständiges Politikfeld ist daher eher nur schwach gegeben oder von starken Voraussetzungen abhängig, die durch andere Politikfelder gewährleistet sein müssen. Dadurch wachsen funktionale Abhängigkeiten und es besteht die Gefahr von extern indizierten Schwankungen, die das Politikfeld selbst nur schwerlich auszugleichen vermag.

#### 4. Strukturprobleme einer Außenwissenschaftspolitik

Wenn man diese Begrenzungen des möglichen Politikfelds „Außenwissenschaftspolitik“ vorerst dahingestellt sein lässt, stellt sich als nächstes die Frage, wie eine größere Kohärenz oder auch eine umfassendere Strukturierung des Politikfeldes hergestellt werden kann. Gerade als Querschnittsaufgabe ist die Außenwissenschaftspolitik hier in zentraler Weise gefor-

dert, und zwar in einem Ausmaß, das deutlich über die traditionellen Empfehlungen des Schnittstellenmanagements hinausgeht. In der Entwicklungspolitik besteht ein vergleichbares Problem, das bislang nicht überzeugend gelöst werden konnte.

Theoretisch stehen verschiedene Strategien zu Verfügung, um die strukturierende Kraft einer Querschnittsaufgabe zu steigern:

- Zwang/Hierarchie: Dies würde für die Außenwissenschaftspolitik bedeuten, dass ihre Bedeutung durch Instrumente wie die Richtlinienkompetenz angehoben würde und somit ein Kooperationszwang von oben geschaffen würde. Obwohl dies nicht grundsätzlich auszuschließen ist, sind gegenwärtig keine Hinweise darauf zu erkennen, dass seitens der Bundesregierung eine solche Strategie ergriffen würde.
- Freiwillige Kooperation: Die bürokratischen Instrumente zur Politikkoordination wie „Federführung“ oder „Mitzeichnung“ haben sich bislang als wenig erfolgreich zur Stärkung von Querschnittsaufgaben erwiesen; vielmehr induzieren sie Prozesse in Verhandlungssystemen, die Fritz W. Scharpf als „negative Koordination“<sup>3</sup> bezeichnet hat, d.h. eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, die i.d.R. nicht dazu geeignet ist, strategische Durchbrüche zu erzielen.
- Suche nach strategischen Partnern: Wenn ein Politikfeld mit schwacher Strukturierungskraft (und die in ihm wirkenden Akteure) sich erfolgreich positionieren wollen, ist die Suche nach strategischen Partnern außerhalb des eigenen Bereiches eine sinnvolle Perspektive: Hier bieten sich für die Außenwissenschaftspolitik die Privatwirtschaft, die Medien und meinungsbildende Intellektuelle an. Gerade im Bereich der Forschungsförderung und Wissenschaftskooperation sollten dies Erfolg versprechende Partnerschaftsmodelle sein. Auf diese Weise könnten sich sinnvolle *win-win*-Konstellationen bilden lassen.

#### 5. Außenwissenschaftspolitik im Rahmen der AKBP: die Notwendigkeit der Schwerpunktsetzung

Wenn die AKBP das Ziel verfolgen soll, „die Köpfe und die Herzen zu erreichen“ (Außenminister Frank-

<sup>2</sup> Arnold Wolfers, *Discord and Collaboration: Essays on International Politics*, (Baltimore: The Johns Hopkins Press, 1962, Kap. 5.

<sup>3</sup> Vgl. Fritz W. Scharpf: Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy Analyse. Kritik und Neuorientierung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 57-83.

Walter Steinmeier) und zudem kein Selbstzweck ist, sondern ohne Einschränkung der Autonomie von Kunst und Wissenschaft auch politischen Zielen dienen soll, kommt sie um die Definition von Schwerpunkten inhaltlicher, geographischer oder funktionaler Art nicht herum. Die Neigung der Mittlerorganisationen, sich gegenüber den Prioritätensetzungen der Politik eher distanziert zu verhalten, entspricht sicherlich ihren wohlverstandenen Eigeninteressen. Für die Außenpolitik ist es jedoch unvermeidbar, den Rahmen und die strategischen Ziele zu definieren, sei es bezogen auf Schwerpunktregionen oder Fördersysteme. Diesem Dilemma kann sich auch die Außenwissenschaftspolitik nicht entziehen, sei es im Kontext der individuellen Förderung nach dem Muster der Exzellenz oder dem Interesse politischer Schwerpunkte geographischer oder inhaltlicher Art.

**Professor Dr. Günther Maihold** ist stellvertretender Direktor des Deutschen Institutes für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik

# Der Stimme der Wissenschaft Gehör verschaffen

von Jürgen Mlynek

Dr. Georg Schütte, der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, nennt gute Gründe, warum wir eine deutsche Außenwissenschaftspolitik brauchen und schlägt dafür die Bildung eines Strategiekreises oder eines Unterausschusses vor.

Die Gründe sind einleuchtend, als Wissenschaftsmanager bin ich jedoch der Auffassung, dass ein weiteres politisches Gremium nicht die effizienteste Lösung ist, um tatsächlich der „Stimme der Wissenschaft“ mehr Gehör zu verschaffen und die Politik zu überzeugen, Interessen der deutschen Wissenschaft auch nach außen hin zu vertreten.

Vielmehr könnte es sinnvoll sein, die Position eines wissenschaftlichen Beraters einzurichten. Dieser Berater sollte, so wie in den USA, dem Außenminister zugeordnet sein – Dort entstand dieser Posten aus der Erkenntnis, dass Wissenschaft und Technologie von essentieller Bedeutung für das Funktionieren der modernen Welt, für die Gestaltung der Innenpolitik und der internationalen Beziehungen ist.

In den USA und in Großbritannien haben diese Berater eine hohe öffentliche Präsenz und bewirken viel. Ich nenne hier nur die jüngste Initiative von Sir David King, dem wissenschaftlichen Berater von Tony Blair: Er stieß die Gründung eines Energieforschungsinstituts in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft an. Dieses Energieforschungsinstitut soll den Durchbruch in erneuerbaren Energiequellen und eine Effizienzsteigerung bei konventionellen Energiequellen leisten und damit dazu beitragen, den Klimawandel zu bremsen.

## Welche Probleme müssen wir angehen?

### Brain drain - Brain gain

Jährlich erhalten rund 1500 begabte Wissenschaftler aus Deutschland ein Stipendium, um in den USA zu forschen. Viele wollen gern nach ein paar Jahren zurück. Allerdings nicht um jeden Preis, sie erwarten Perspektiven für ihre berufliche Karriere und zweifeln daran, ob Deutschland dies zu bieten hat. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein recht guter Standort für Wissenschaft und Forschung. Auch die jüngste Studie von Ulrich Teichler vom Zentrum für

Hochschulforschung in Kassel bescheinigt Nachwuchsforschern in Deutschland ähnliche Karrierechancen wie Nachwuchsforschern in den USA. Eine feste Professur erreicht man in Deutschland im Durchschnitt mit 41, in den USA mit 40 Jahren und das Einkommen deutscher Professoren liegt im Schnitt sogar etwas höher als das der US-Kollegen. Allerdings sieht die Wahrnehmung der deutschen Postdocs in den USA ganz anders aus. Diese Top-Nachwuchsforscher arbeiten an Instituten, in denen weitaus höhere Gehälter gezahlt werden und wo viele Wissenschaftler schon mit 30 auf die so genannten Tenure Track Positionen geraten, von denen sie auf eine feste Professur gelangen können. Wir müssen unser System selbstkritisch hinterfragen. Sind unsere Bedingungen attraktiv für Wissenschaftler, die anderswo deutlich mehr verdienen und größere Freiheiten haben?

Im „war for talents“ müssen wir daher nicht nur dafür sorgen, dass Doktoranden hier gut ausgebildet werden (strukturierte Doktorandenausbildung, Kollegs, Graduiertenschulen), sondern auch für Nachwuchswissenschaftler bis hin zu Senior Scientists gute Arbeitsbedingungen anbieten. Dazu könnte gehören, dass bestimmte Wissenschaftler bis weit über die Pensionsgrenze hinaus Forschungsmöglichkeiten nutzen können.

Auf der anderen Seite ist nun in Deutschland mit dem Pakt für Forschung und Innovation, dem Lissabon-Ziel, der Hightech-Strategie und der Exzellenzinitiative viel in Bewegung geraten. Das müssen wir international bekannter machen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Für die erste Aufgabe, nämlich Talente nach Deutschland (zurück) zu holen, brauchen wir keinen Arbeitskreis sondern vor allem ein flexibleres Arbeitsrecht, eine leistungsgerechte Bezahlung, kurz einen eigenen Wissenschaftstarifvertrag. Für die effizientere Information über deutsche Forschungspolitik, die „Werbung“ in eigener Sache, müssen Kampagnen konzipiert werden, aber insbesondere auch die Fachpresse wie Nature und Science gewonnen werden, darüber zu berichten.

## Die Stimme der Wissenschaft hörbar machen

Als Stimme der Wissenschaft wird immer wieder eine Nationale Akademie der Wissenschaft oder Deutsche Akademie der Wissenschaft diskutiert, die auch nach außen die Interessen der deutschen Wissenschaft formulieren und vertreten kann. Um so schlagkräftig und entscheidungsfreudig zu werden wie beispielsweise die National Academy of Sciences (NAS) der

USA müssten wir jedoch viele Hürden beiseite räumen, die in anderen Ländern offenbar weniger hoch sind. Wer zum Beispiel vertritt die „Deutsche Wissenschaft“? Die Universitäten, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft oder die Leibniz-Gemeinschaft?

Wenn so eine Akademie der Wissenschaft mit einer Stimme sprechen kann, kann dies sehr wirkungsvoll sein. Ich erinnere hier an den jüngsten Austausch zwischen der amerikanischen Akademie und der amerikanischen Regierung. Auf eine Anfrage nach den dringlichsten Problemen der Zukunft antwortete die NAS binnen weniger Wochen mit der Schrift „Rising above the Gathering Storm“, die die Energiefrage ins Zentrum stellte und konkrete Maßnahmen und Forschungsvorhaben vorschlug.

**Professor Dr. Jürgen Mlynek** ist Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

### **Internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**

Die Welt ist klein geworden, die Distanzen haben sich verringert, die Kommunikation ist einfach wie nie zuvor. Dennoch hat sich ein Gleichgewicht zwischen Geben und Nehmen noch nicht eingestellt, der Wissenstransfer fließt zurzeit noch vor allem in eine Richtung. Damit müssen wir umgehen: Einerseits akzeptieren wir die moralische Verpflichtung, weniger wohlhabenden Ländern Hilfestellung zu leisten, andererseits müssen wir aber auch darauf achten, dass wir mittelfristig und langfristig auch von den Beziehungen profitieren und dass beispielsweise Patente respektiert werden. Dafür wäre es auch wünschenswert, in multilateralen Organisationen wie der OECD und UNESCO stark vertreten zu sein und darauf hin zu arbeiten, dass Innovationen nicht behindert sondern befördert werden.

Die Helmholtz-Gemeinschaft hat sich zusammengefunden unter der Mission, große und drängende Probleme zu lösen, die nicht nur Menschen in Deutschland sondern überall betreffen. Dazu zählen Volkskrankheiten, Energieversorgung, Klimawandel und Katastrophenvorsorge. Dabei sind für Arbeiten in anderen Ländern insbesondere gute und vertrauensvolle Kontakte zu den örtlichen Behörden wichtig, eine Aufgabe, für die Wissenschaftler mehr Unterstützung des Außenministeriums und der Botschaften benötigen. Ein konkretes Beispiel ist die vor kurzem begonnene Installation eines Tsunami-Frühwarnsystems vor der indonesischen Küste. Ein wissenschaftlicher Berater des Außenministers könnte hier als „Botschafter der Wissenschaft“ direkt mit den Verantwortlichen auftretende Probleme besprechen und lösen.

# Akteure der Außenwissenschaftspolitik: von der Individual- zur Strukturförderung

von Christian Bode

Lassen Sie mich ein aktuelles und persönliches Beispiel voranstellen, weil es einen Aspekt der Außenwissenschaftspolitik treffend illustriert: Anlässlich des Besuchs der chilenischen Staatspräsidentin, Frau Bachelet, im Oktober 2006 in Berlin habe ich in ihrem und Herrn Minister Steinmeiers Beisein ein Stipendienabkommen mit dem Chilenischen Forschungsrat CONICYT unterzeichnet. Auf dieser Grundlage werden die Chilenen immerhin 200 Doktoranden nach Deutschland senden und den Löwenanteil der Programm-Kosten tragen.

Dieser neue massive Deutschland-Akzent kommt nicht von ungefähr: die Direktorin von CONICYT ist Absolventin der deutschen Schule in Santiago. Und die Staatspräsidentin hat während des Pinochet-Regimes zwei Exiljahre in der DDR verbracht und Medizin studiert. Mit beiden Damen konnte unser Außenminister sich prächtig in Deutsch unterhalten.

Ich könnte reichlich mehr solcher Beispiele nennen, bei denen ein beachtliches Kooperationsprojekt seinen Ausgangspunkt in einer Einzelförderung genommen hat, die ursprünglich ganz „absichtslos“ angelegt war. Aus jüngster Zeit will ich nur die Gründung der „German University Cairo“ erwähnen, die auf die Initiative eines ägyptischen DAAD- und AvH-Stipendiaten zurückgeht.

Was lehrt uns dieser Fall wie zahlreiche andere Beispiele ähnlicher Art?

Zum ersten: Wissenschaftliche Kooperationen über die Grenzen hinweg sind oftmals das Werk von Personen, die aufgrund ihrer besonderen Biographie eine Affinität zu dem jeweiligen Partnerland haben.

Zum zweiten: solche Affinitäten, insbesondere wenn sie früh angelegt und emotional fundiert sind, sind außerordentlich langlebig und nachhaltig. Drittens: solche Affinitäten mögen sich gelegentlich zufällig ergeben, sie können aber auch das Ergebnis außerkulturpolitischer Aktivitäten und Investitionen sein, wie

es deutsche Schulen im Ausland und Mobilitätsstipendien typischerweise sind.

Aus eins bis drei zusammen folgt dann, dass Einzelpersonenförderung und Förderung institutioneller Kooperationen keineswegs Gegensätze sind, sich vielmehr gegenseitig bedingen. Oder anders formuliert:

Auch wenn die Förderung allein von Einzelpersonen nicht reicht, um ein institutionelles Netzwerk aufzubauen, so ist sie doch ganz unverzichtbar, gerade wenn es um dauerhafte und stabile Netzwerke geht.

Eine Strategie der Außenwissenschaftspolitik durch Netzwerke und Kooperationen darf also niemals auf die Förderung hochtalentierter und viel versprechender Persönlichkeiten verzichten, muss sie vielmehr sozusagen als vorgelagerte Humus-bildende Förderung integrieren.

Mit dieser Vorbemerkung, die mir aus der Sicht des DAAD und wohl auch der AvH sehr wichtig erschien, will ich mich nun einer Typologie der internationalen Kooperationen zuwenden.

Hier sind gleich mehrere verschiedenen Kategorisierungen möglich, von denen mir diejenige am ergiebigsten erscheint, die nach den jeweiligen Akteuren unterscheidet. Bei den Akteuren wiederum differenziere ich nach dem staatrechtlichen Level bzw. der Wirkungsbreite zwischen der Ebene der einzelnen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, den regionalen Instanzen (d.h. Ländern), den nationalen Einrichtungen staatlicher oder nicht-staatlicher Art und schließlich der Ebene supranationaler Organisationen, wobei die EU die intensivste, aber keineswegs einzige Form der Kooperation darstellt.

Was die Kooperationen auf Hochschulebene betrifft, so wird sicher Professor Lenzen Authentischeres sagen können, zumal als Präsident einer Universität, die ihre internationale Ausrichtung in den Mittelpunkt ihres Zukunftskonzepts im Rahmen der Exzellenz-Initiative gestellt hat.

Daher nur folgende allgemeine Bemerkungen:

Die Zahl der Partnerschaften und Kooperationen deutscher Hochschulen hat, wenn man dem HRK-Hochschulkompaß folgt, inzwischen mehrere Tausende erreicht. Deren Qualität, Reichweite und Lebendigkeit variiert freilich stark von bloßen good-will-Erklärungen reisefreudiger Rektoren bis hin zu Ver-

einbarungen mit jährlichen Arbeitsplänen, die gleich von mehreren Fakultäten mit Leben erfüllt werden. Zu den letzteren zählen viele der sog. „Ostpartnerschaften“, die bis in die ersten Tauwetter des Kalten Krieges zurückreichen und seither vom DAAD beharrlich gefördert worden sind. Dass heute Deutschland die erste Adresse für Studierende aus diesen Ländern ist, und zwar sowohl bei den sog. „free mover“ als auch im Rahmen des Europäischen ERASMUS-Programms, ist sicher auch diesen Traditionen geschuldet, wie denn überhaupt die geistig-kulturellen und wissenschaftlichen Verbindungen über den Eisernen Vorhang hinweg als sog. „soft power“ eine größere Rolle gespielt haben dürften als die Drohgebärden der Waffen.

Wie langlebig solche festverankerten Partnerschaften sein können, hat sich auch wieder im Fall der akademischen Aufbauhilfe für Afghanistan erwiesen. Quasi aus dem Stand waren da wieder diejenigen deutschen Hochschulen in Kabul zur Stelle, die achtzehn Jahre zuvor ihre Partnerschaftsbeziehungen hatten abbrechen müssen.

Was lehrt uns das?

Zum einen: Auch Institutionen haben ihr Gedächtnis, ihre Traditionen und ihren eigenen Ehrgeiz, wenn denn eine Kooperationsbeziehung breit fundiert ist und kontinuierlich gefördert wird.

Und zum anderen: Solche Kooperationen und Netzwerke und ihre Förderung müssen Bestandteil einer strategisch angelegten Außenwissenschaftspolitik sein.

Freilich setzt dies bei den Hochschulen selbst voraus, dass sie ihre internationalen Beziehungen nicht nur als Zufallsprodukt vielfältiger Einzelinitiativen definieren, sondern eine eigene konsistente Strategie der Internationalität entwickeln, was bisher erst in Ansätzen geschieht.

Auf der Ebene der (Bundes-)Länder zeigt sich ebenfalls ein gemischtes Bild. Der internationale Ehrgeiz der Landesregierungen ist sehr unterschiedlich entwickelt. Nur wenige von ihnen unterhalten eigene Stipendien- und Förderprogramme für Hochschulkooperationen (z.B. BaWü mit Ontario, Bayern mit Griechenland, Rheinland-Pfalz mit Ruanda usw.). In jüngerer Zeit entdecken aber immer mehr Ministerpräsidenten die Wachstumsmärkte in Asien und nehmen immer häufiger neben Wirtschaftsvertretern auch einige Hochschulpräsidenten mit, unterschreiben Memoranden und versprechen mehr Austausch, ge-

legentlich auch Hochschulgründungen im Ausland. Eine Koordinierung innerhalb der Länder – etwa durch Regional-Beauftragte – ist selten, über die Ländergrenzen hinweg kaum vorhanden.

Auf der Bundesebene sind fast alle Ressorts international tätig, selbst Innenpolitik (z.B. Terrorismusbekämpfung) lässt sich nicht mehr rein national betreiben. In vielen Fällen impliziert diese internationale Dimension auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit, so etwa beim Rechtsstaats-Dialog mit China. Irgendwelche ressortübergreifende Koordinierungen dieser Aktivitäten sind mir nicht bekannt.

Der Löwenanteil der außenwissenschaftlichen Aktivitäten und Beziehungen entfällt auf drei Akteure: das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mit dem letzteren kann man es kurz machen: es gibt eine bescheidene Förderung über DAAD und AvH zur Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern. In den wirklich großen Haushaltsblöcken der sog. FZ und TZ findet dagegen Wissenschaftskooperation oder Bildungshilfe auf Hochschulebene kaum mehr statt, während es früher immerhin große Hochschulprojekte der GTZ gab (etwa IIT Madras, AIT Bangkok usw.). Obwohl inzwischen die Weltbank wieder die Bedeutung der Hochschulbildung auch für Entwicklungsländer nachhaltig unterstreicht („Grundbildung des 21. Jahrhunderts“), folgt das BMZ dieser Neuorientierung allenfalls zögerlich. Hier liegen zweifellos noch große Koordinations- und Kooperations-Potentiale (auch mit den Aktivitäten von BMBF und AA) brach.

Das BMBF fördert zum einen über DAAD, AvH und DFG internationale Kooperationen, zum anderen hat es eigene Aktivitäten im Rahmen der sog. Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit entwickelt, die gelegentlich durch Finanzierung über die großen Fachprogramme ernstzunehmende Dimensionen erreichen. Die Abwicklung erfolgt in der Regel über die BMBF-Projektträger, Synergien etwa mit dem DAAD werden nur selten angestrebt.

Als innovative Programme der jüngeren Zeit, die über den DAAD laufen, seien einerseits die Hochschulgründungen im Ausland und zum anderen das sog. „Forschungsmarketing“ erwähnt. Hier werden Synergien mit AA-geförderten Austauschprogrammen über den DAAD selbst hergestellt. Die sog. Mittlerorganisationen verdienen sich diese Bezeichnung auch dadurch, dass sie Mittel verschiedener Ressorts einwer-



ben und in entsprechenden Projekten zusammenführen.

Der für uns wichtigste, auch institutionelle Geldgeber ist das AA, das eine ganze Fülle von Programmen, darunter auch Kooperationsprojekte, fördert. Die Steuerung erfolgt neuerdings durch Zielvereinbarungen mit jährlichen Arbeitsplänen. Die Abstimmung mit anderen Ressorts findet zum Teil in den Organen des DAAD statt, ansonsten sind wohl die Botschaften vor Ort die wirksamsten Knotenpunkte für ein organisiertes Zusammenwirken.

Nicht zuletzt findet eine gewisse Vernetzung über die Mittlerorganisationen selbst statt. Wir sitzen wechselseitig in den Organen und Gremien und verfolgen die Aktivitäten der anderen mit kooperativ-kompetitiver Aufmerksamkeit. Die angebliche Zersplitterung unserer Organisationslandschaft wird gelegentlich von Ordnungspolitikern beklagt, die gerne alles unter einem Dach sähen. Dass solche Großorganisationen aber effizienter seien als mehrere kleinere, die miteinander um ihr eigenes „branding“ wetteifern, ist keineswegs belegt, eher organisationssoziologisch widerlegt. Das Ausland jedenfalls beneidet Deutschland oftmals um genau diese Stärke.

Abschließend noch der Hinweis, dass mit der Europäischen Union seit Maastricht inzwischen ein potenter weiterer Spieler heranwächst, der seine eigene Außenwissenschafts- und kulturpolitik entwickelt und vermutlich weiter expandieren wird; schließlich lässt sich auf diesem Feld wesentlich leichter als auf den übrigen Sektoren der Außenpolitik eine Art von Gemeinsamkeit entwickeln. Diese neue Dimension der EU scheint aber in Deutschland noch kaum wahrgenommen zu sein. Jedenfalls haben wir es fast in allen relevanten Generaldirektionen versäumt, für eine qualifizierte deutsche Repräsentanz zu sorgen und auch die Rückmeldung unserer Brüsseler Vertretung oder der dort in Ausschüssen beteiligten Bundesressorts ist für unsere tägliche Arbeit nahe Null. Auch hier also ein lohnendes Feld für mehr und konzertierte Aktion.

Ziehen wir eine Summe, so stehen wir, was grenzüberschreitende wissenschaftliche Kooperationen betrifft, nicht schlecht da, aber vielleicht auch nicht so gut, wie es sein könnte. Wir verfügen über ein breit gefächertes Instrumentarium, exzellente Kontakte, einen guten Ruf und engagierte Akteure. Der Sache würde es allerdings nicht schaden, wenn die Vielfalt der Aktionen hier und da noch stärker auf strategi-

sche Zielsetzungen von nationalem Interesse gebündelt würde.

**Dr. Christian Bode** ist Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

# Freie Universität Berlin – International Network University

## Internationalisierungsstrategien der Freien Universität Berlin

von Dieter Lenzen

Etliche große internationale Research Universities verfügen über ein mehr oder minder großes Netzwerk eigener Filialen. Häufig dienen diese aber nur dem Zweck, die eigenen Studierenden außerhalb des Mutterlandes in relativ geschlossenen Auslandseinrichtungen als Bestandteil des Kerncurriculums auszubilden. Die Freie Universität geht über diese Konzeption weit hinaus.

So konnte eine Reihe der Aufgaben klassischer Universitätsfilialen exemplarisch in der ersten Zweigstelle der Freien Universität in New York erprobt werden. Vor dem Hintergrund der exklusiven Beziehungen zu den USA hat die Freie Universität im Jahre 2003 eine amerikanische Freundesgesellschaft „Friends of Freie Universität Berlin“ gegründet, die innerhalb eines Jahres nach der Gründung zu mehr als 600 Alumni der Freien Universität Kontakt aufnahm und von ihrem New Yorker Büro im Deutschen Haus aus Friends- und Fundraising-Kampagnen in den USA mit großem Erfolg durchführt. Diese Basis konnte im Rahmen von Abendveranstaltungen auch für die Darstellung von Forschungsleistungen genutzt werden, wenngleich zunächst noch der Fundraising-Gesichtspunkt im Vordergrund stand. Aufgrund der erfolgreichen Pilotierung dieser Initiative hat die Freie Universität in 2005 auch ein wissenschaftliches Büro zusammen mit der Ludwig Maximilians Universität München (LMU) gegründet, mit der sie sich zur „German University Alliance“ zusammengeschlossen hat und beginnt, die genannten Aufgaben von Universitätsfilialen durchzuführen.

An dem im September 2005 im Zusammenhang mit der Eröffnung des vom DAAD geförderten und von der Freien Universität federführend betreuten „Zentrums für Deutschlandstudien“ an der Peking Universi-

tät ist eine weitere Verbindungsstelle in Kooperation mit der Humboldt-Universität eingerichtet worden. Ein vergleichbares Verbindungsbüro arbeitet seit 2003 in Moskau. Geplant ist die Errichtung weiterer Filialen in: Dubai, Sao Paulo, New Delhi.

Die Orte sind mit Bedacht gewählt. Sie repräsentieren die geopolitischen Foci, auf die sich die Area Studies der Freien Universität konzentriert haben: Nordamerika, Lateinamerika, Osteuropa, Ostasien, Vorderer Orient.

Für den Förderungszusammenhang im Rahmen der dritten Förderlinie des Exzellenzwettbewerbs sollen diese Verbindungsbüros gemeinsam mit der in der FU zu errichtenden Leitstelle die Grundlage für die Intensivierung und Absicherung der internationalen Forschungsk Kooperation im Rahmen des FU-Clusterkonzepts, exklusiver Forschungskonferenzen wie den renommierten Dahlem Konferenzen und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen. So ist die Freie Universität durch ihre vielgestaltigen internationalen Partnerschaften in der Forschung vernetzt.

Das Konzept der Zweigstellen ist insofern aufgesetzt als gezielte Maßnahme in einer national und im europäischen Maßstab schwierigen Situation, wie sie mit dem so genannten brain drain gegeben ist. So geht die EU-Kommission davon aus, dass rund 450.000 europäische Wissenschaftler(innen) den EU-Raum zu mehr oder minder dauerhafter Arbeit im Nicht-EU-Ausland verlassen haben. Für Deutschland ist von ca. 25.000 Doktoranden die Rede, die allein in die USA ausgewandert sind. Das Institute for International Education, USA zählt jährlich 5.500 neue deutsche Doktoranden in den USA. 14 % aller deutschen Postdocs befinden sich ebenfalls dort. Als Motive werden in einer Untersuchung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft<sup>1</sup> die Möglichkeit der Arbeit an einer renommierten wissenschaftlichen Einrichtung genannt, die vertiefte Beschäftigung mit einem spezifischen Forschungsthema und bessere Karrieremöglichkeiten.

Die gleiche Untersuchung hat nun allerdings ergeben, dass dieselben Motive von ausländischen Wissenschaftler(inne)n genannt werden, die in Deutschland arbeiten möchten. Und: Es gibt keine empirische Evidenz dafür, dass „Inhalte, Niveau und Leistungs-

---

<sup>1</sup> Brain Drain – Brain Gain. Eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren, durchgeführt von der Gesellschaft für Empirische Studien im Auftrag des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, o.O. 2002, S. 3f.

tentiale der deutschen Wissenschaft und Forschung (...) einem brain gain hinderlich entgegenstünden.“<sup>2</sup>

Daraus folgt, dass eine strategisch gezielte Attrahierung hochqualifizierter Wissenschaftler(innen) des Auslands das Mittel der Wahl in einer demographisch problematischen und durch Abwanderung dramatisierten Situation sein muss. Die Freie Universität bietet sich aufgrund ihrer besonderen Position in den internationalen Netzwerken deshalb in hervorragender Weise für derartige brain gain Prozesse an.

### Entwicklungsziele

Im Rahmen seines Zukunftskonzepts im Exzellenzwettbewerb plant die Freie Universität Berlin ein Zentrum für Internationalen Austausch, um die bisherigen internationalen Aktivitäten der Universität strategisch auszuweiten. Das Zentrum mit seinen Zweigstellen erfüllt dabei folgende Funktionen:

- Die Zweigstellen sind Orte der Durchführung von hochrangigen wissenschaftlichen Veranstaltungen, in denen die Exzellenzclusters der Freien Universität und andere Qualitäten in Forschung und Lehre bekannt gemacht werden.
- Die Zweigstellen attrahieren junge Nachwuchswissenschaftler(innen) und motivieren sie für ein Studium an der Freien Universität.
- Die Zweigstellen sind Stützpunkte für die Attrahierung von hochqualifizierten Wissenschaftlern im Rahmen der Berufsstrategie.
- Die Zweigstellen fungieren als Alumnibüros, um die Ehemaligen zu betreuen und in das internationale Netzwerk der FU einzubeziehen.
- Die Zweigstellen führen Ausstellungen mit Forschungsergebnissen der Freien Universität durch.
- Die Zweigstellen veranstalten summer schools im Rahmen der Arbeit der DRS
- Die Zweigstellen vermitteln Forschungs- und Kommunikationskontakte besonders auch für junge Wissenschaftler(innen) im Ausland.
- Die Zweigstellen sind Orte der Durchführung von Studien für herausragende Studierende der Freien Universität.
- Die Zweigstellen können besonders begabten ausländischen Studierenden vor deren Aufnahme eines Studiums an der Freien Universität die erforderliche Vorbereitung, z.B. Sprachkurse zukommen lassen.

- Die Zweigstellen fungieren als „Clearingstellen“ für die Durchführung gemeinsamer Elitestudien mit ausländischen Universitäten.

Als Ziel für die Erfolgsmessung dieses Konzepts orientiert sich die Freie Universität Berlin an folgende benchmarks:

- Erhöhung des durch die Zentren attrahierten Anteils an exzellenten ausländischen Bewerbern um Positionen an der Freien Universität.
- Erhöhung des durch die Zentren attrahierten Anteils exzellenter ausländischer Promovenden.
- Erhöhung der Anzahl von Forschungsprojekten mit deutsch-internationaler Beteiligung.

**Professor Dr. Dieter Lenzen** ist Präsident der Freien Universität Berlin

<sup>2</sup> a.a.O., S. 5

# Außenwissenschafts- politik als eigenständiges Politikfeld?

## Zusammenfassung der Diskussion im Workshop „Außenwissenschaftspolitik“

von Angelika Günzel

### 1. Grobdefinition der Außenwissenschaftspolitik

Unter Außenwissenschaftspolitik ist die kohärente Strategie der internationalen Interessenvertretung aller staatlichen und nicht-staatlichen Akteure der deutschen Wissenschaft zu verstehen, die mithilfe der Fachressorts – für die Wissenschaft und für die auswärtigen Beziehungen – entwickelt und weiterverfolgt wird.

### 2. Politischer Kontext der Außenwissenschaftspolitik

Wie die *allgemeine Auswärtige Soft Power* zielt auch die Außenwissenschaftspolitik auf eine Einflussnahme durch Ansehen und Attraktivität z.B. durch die Attraktivität der deutschen Wissenschaft, des deutschen Wissenschafts- und gegebenenfalls auch des Bildungssystems, ab. Dabei sind die Instrumente des Wissensaustauschs und des Wissenstransfers nicht rein altruistisch, sondern orientieren sich vielmehr auch an dem Eigenbedarf und dem Eigennutzen der Akteure und verleihen der Außenwissenschaftspolitik insofern auch kompetitiven Charakter. Die Außenwissenschaftspolitik hängt – wie die allgemeine Auswärtige Soft Power – nicht nur von der sog. *Hard Power* (Wirtschaftsmacht, militärische Macht) ab, sondern bedingt diese zum Teil selbst. Eine solche Interdependenz verbindet die Außenwissenschaftspolitik auch mit Teilen der allgemeinen Innenpolitik (z.B. VISA-Politik, Ausländerpolitik, Migrationspolitik), sowie insbesondere mit der *nationalen Wissenschaftspolitik*.

Durch die Dualität des Politikfeldes, die sich unter anderem in der Zuständigkeit von zwei verschiedenen Bundesministerien für die Materie widerspiegelt, stellt sich die Frage nach der *Koordination und der Abstimmung* zwischen den beiden Bereichen der Au-

ßen- und der Wissenschaftspolitik. Die Implementierung einer Außenwissenschaftspolitik würde zunächst bedeuten, dass die Strategien der beteiligten Ressorts auf einander abzustimmen wären, so dass die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Kontext hier mit einer Stimme sprechen könnte.

### 3. Außenwissenschaftspolitik in den Kategorien der klassischen politikwissenschaftlichen Begrifflichkeiten

Sollte die Außenwissenschaftspolitik *als eigenes Politikfeld im klassischen Sinne* konzipiert werden, so stellen sich folgende Fragen:

- Welches sind die Adressaten dieser Politik? Ist die Zahl der internationalen Wissenschaftsgremien nicht zu groß, um einen klaren Adressatenkreis zu definieren?
- Wer sind die Träger dieser Politik? Die Einführung einer Außenwissenschaftspolitik hätte zur Folge, dass neben den Bundesministerien auch die sonstigen staatlichen Institutionen, aber auch die nicht staatlichen Akteure wie die Wirtschaft, die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und evtl. auch die Medien in das Konzept der international ausgerichteten Wissenschaftspolitik einzubeziehen wären.
- Mit welchem Instrument könnte die Kohärenz der internationalen Strategie auf Bundesebene erreicht werden? Gibt es Anreizmechanismen für eine Kooperation der Ressorts oder ist hier die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers das einzig effektive Mittel? Birgt die Ressortkoordination tatsächlich die Gefahr einer Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner? Wie effektiv könnte eine freiwillige Koordination der Bundesministerien oder eine Koordination über Partner außerhalb der Politik (z.B. Mittler- oder Wissenschaftsorganisationen) sein? Reicht zur Koordination der Austausch zwischen den BMBF, AA und BMZ Fortbildungsseminare aus oder ist ein Strategiekreis bzw. ein Einzelberater der Bundesressorts zur Außenwissenschaftspolitik erforderlich? In welchem Maße ist hier eine Koordination mit den Wissenschaftsministerien der Bundesländer erforderlich?
- Wie ist eine *Erfolgskontrolle* der Politik möglich? Wie lässt sich das internationale Vertrauen in das deutsche Wissenschaftssystem als Milieuziel der Außenwissenschaftspolitik messen?

#### 4. Strategische Ziele der Außenwissenschaftspolitik

Generell ist zu klären, was die strategischen Ziele der Außenwissenschaftspolitik sein sollten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Wissenschaft und Politik hier unterschiedliche Ziele formulieren.

- Der erste Schritt besteht hier in einer Untersuchung, ob bei den einzelnen Trägern der Außenwissenschaftspolitik bereits strategische Ziele existieren –außerhalb des engen Bereichs der Bundesressorts könnte diese Frage schwerer zu beantworten sein –.
- Anschließend wäre zu bestimmen, anhand welcher Leitlinien eine gemeinsame strategische Ausrichtung aller Träger der Außenwissenschaftspolitik erfolgen sollte. Hier wird die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft relevant: Orientieren sich die strategischen Ziele an den politisch (insbesondere außenpolitisch) interessanten Partnern, oder herrscht das Primat der generellen wissenschaftlichen Exzellenz, das eine regional oder fachspezifisch ausgerichtete Förderung zumindest als vorrangiges Kriterium ausschließen würde?

#### 5. Instrumente der Außenwissenschaftspolitik: Insbesondere Beispiele für internationale akademische Kooperationen

- Mögliche Ausrichtung der Förderung von Kooperationen einzelner ausländischer Wissenschaftler mit deutschen Wissenschaftlern (inklusive Alumni-Förderung) durch Wissenschaftsorganisationen: (1) Allgemeine, themen-, fächer- und länderoffene Förderung. Der Vorteil dieses Ansatzes ist, dass die Initiative für die Kooperation von der Basis kommt und deshalb sehr erfolgsversprechend ist. (2) Regional orientierte Förderung. Diese ist in der Regel eher sporadisch und stark außenpolitisch motiviert. (3) Systematisch fachbezogener Ansatz. Diesen Ansatz verfolgen derzeit das BMBF und das BMZ.
- Formen internationaler Kooperationen der deutschen Universitäten mit ihren ausländischen Pendanten: Einrichtung von international ausgerichteten Forschungsschwerpunkten, Graduiertenschulen, Centers for international Exchange mit ausländischen Dependenz der Universität als bipolare Informationszentren und Kontaktstellen, Erhöhung des Ausländeranteils im wissenschaftlichen Personal und in der Studierendenschaft, Alumiprogramme, Einrichtung englisch-

sprachiger Studiengänge, internationale PR der Universitäten, Zielvereinbarungen mit den Professoren (Erfolgshonorare für internationale Kooperationen)

- Wissenschaftliche Ausrichtung der Außenpolitik: Wissenschaftsreferenten/innen an den deutschen Botschaften im Ausland, Deutsche Häuser (German Houses) im Ausland, Friedens- und Konfliktforschung
- Sonstige Instrumente auf der Ebene der Kulturpolitik am Beispiel von Museen: Internationale Ausstellungen, bi- und trilateraler Austausch (z.B. deutsch-ausländische Kulturjahre mit wissenschaftlichem Bezug), Fachtagungen, Stipendien, längerfristige, international ausgerichtete Forschungsprojekte, Haus der Kulturen der Welt
- Wissenschaft bzw. Wissenschaftspolitik: Vision: Schaffung einer Deutschen Akademie der Wissenschaften, die frei von Partikularinteressen themenorientiert vorgehen und die deutsche Wissenschaft nach außen vertreten könnte.

#### 6. „Außenwissenschaftspolitik“ als Begriff

Die Außenwissenschaftspolitik als solche erscheint grundsätzlich als eine handhabbare politische Kategorie. Die konkrete Bezeichnung als „Außenwissenschaftspolitik“ ist teilweise jedoch kontrovers.

- So stößt die Parallele zum Begriff der Außenwirtschaftspolitik insofern an ihre inhaltlichen Grenzen, als in der Wirtschaftspolitik eine Konkurrenz um das knappe Gut der Rohstoffe (Bodenschätze) unumgänglich ist, während in der modernen Wissensgesellschaft das Gut „Wissen“ durch die Kooperation, „das Teilen“, auch wachsen kann.
- Ferner erscheint der Begriff stellenweise als ein solcher, der das Vorhandensein eines einzigen Akteurs und damit ein Primat der Auswärtigen Politik in der Kooperation zwischen Außen- und Wissenschaftspolitik nahe legen könnte. Eine Alternative könnte hier der Begriff der „Wissenschaftsaußenpolitik“ sein.
- Um den Charakter der Wissenschaft als Teil des Gemeinwohls stärker in den Vordergrund zu rücken, wird ferner die Bezeichnung „Internationale Diplomatie“ vorgeschlagen.

**Dr. Angelika Günzel** war bis Dezember 2006 Vorstandsreferentin der Alexander von Humboldt-Stiftung

## Resümee

# Außenwissenschafts- politik - Wissenschafts- außenpolitik:

## eine Querschnittsperspektive internationaler Politikgestal- tung in modernen Wissens- gesellschaften

von Georg Schütte

Theoretisches Wissen und seine Anwendung sind in postindustriellen Gesellschaften die Schlüsselresource für Produktivitätssteigerungen, wirtschaftliches Wachstum und damit gesellschaftlichen Wohlstand.<sup>1</sup> Mit der Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Informationsströme hat sich auch der Wettbewerb um diese Wohlstandsressource längst globalisiert. Während in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der Kalte Krieg diese Konkurrenz noch teilweise überlagerte und in die Logik des Wettbewerbs zwischen den geopolitischen Machtblöcken zwang, stehen heute die Führungsnationen des damaligen Industriezeitalters nicht nur untereinander, sondern auch mit einer Reihe neuer Akteure im Wettbewerb. Länder wie China, Indien oder Südkorea haben sich in Teilen rapide industrialisiert. Die Bildungs- und Wissenschaftssysteme dieser Länder expandieren heute rasant.

So ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Konkurrenz um das Kreativpotenzial der Wissenschaft entbrannt: um begabte Studierende, ideenreiche Doktoranden, innovative Post-Docs und renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Diese Konkurrenz ist Ausdruck eines Wettbewerbs um wissenschaftliche Ideen wie auch um Investitionsentscheidungen von Unternehmen, die für ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen wie auch für ihre Produktionsstätten im weltweiten Vergleich die optimalen Standorte suchen.

Die globale wirtschaftliche, politische und kulturelle Interdependenz stellt die Wissenschaft jedoch auch vor politische Herausforderungen: Denn die Bekämpfung von Armut, Hunger und Infektionskrankheiten, die Bewältigung des Klimawandels oder die Energieversorgung der Zukunft können ohne wegweisende Beiträge der Wissenschaft und ohne internationale Forschungsk Kooperationen nicht bewältigt werden. Die militärischen Auseinandersetzungen, aber auch die Migrationsströme zu Beginn des 21. Jahrhunderts deuten an, welche weltweiten Folgen diese Problemlagen für das zukünftige Zusammenleben der Menschheit haben.

Welche wissenschaftspolitische Antwort lässt sich auf dieses Bündel wissenschaftsimmanenter, aber auch wirtschaftlicher, politischer und kultureller internationaler Herausforderungen finden? Im Industriezeitalter begegnete die Bundesrepublik Deutschland den internationalen Herausforderungen für die nationale Wirtschaft mit einer Außenwirtschaftspolitik. In der neuen Zeit globaler Wissensvernetzung und Innovationskonkurrenz ist die Bestimmung und Formulierung einer Außenwissenschafts- bzw. Wissenschaftsaußenpolitik die logische Konsequenz. Lässt sich jedoch eine Außenwissenschafts- bzw. Wissenschaftsaußenpolitik als ein eigenes Politikfeld bestimmen? Und: Wie müsste eine derartige Politik heute aussehen?

### 1. Die Internationalisierung der Wissenschaft

Werfen wir zunächst einen detaillierteren Blick auf die Internationalisierung der Wissenschaft. Wissenschaftliche Erkenntnissuche ist per se international. Die moderne „Wissenschaftskultur“, so Kai-Uwe Schrogl, baut beispielhaft auf Offenheit, Kooperation und Internationalität. Diese Prinzipien ermöglichen einen gesunden Wettbewerb um neue Erkenntnisse.<sup>2</sup> Das Ende der ideologischen Blockkonkurrenz, die Verfügbarkeit weltweiter Reisemöglichkeiten zwischen den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zentren der Welt und die Revolution der Telekommunikation haben jedoch dazu beigetragen, dass eine neue Form der Internationalisierung entstanden ist, die die Binnenverhältnisse der Wissenschaft grundlegend verändert.

#### *Kooperation und Mobilität*

85 Prozent des weltweit verfügbaren Wissens, so heißt es, entstehen heute außerhalb Deutschlands. Die wissenschaftliche Gemeinschaft reagiert darauf

<sup>1</sup> Bell, Daniel: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*, 1973.

<sup>2</sup> Schrogl, Kai-Uwe: „Forschungs- und Technologiepolitik in der Globalisierung. Auf der Suche nach einer Linie zwischen Kooperation und Konkurrenz“ in *Internationale Politik*, 61. Jahr, Nr. 12, Dezember 2006, S.60-69.

mit internationaler Zusammenarbeit und internationaler Mobilität. So hat sich die Zahl internationaler Ko-Publikationen deutscher wissenschaftlicher Autorinnen und Autoren in den vergangenen zehn Jahren beispielsweise fast verdoppelt. Die internationale Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern steigt kontinuierlich. Gab es im Jahr 2002 rund 1,8 Millionen international mobile Studierende, so sollen es 2025 rund 7,2 Millionen sein.<sup>3</sup> Deutschland ist das einzige Land, das sowohl zur Gruppe der fünf Länder gehört, die weltweit rund 80 Prozent aller international mobilen Studierenden anzieht als auch die meisten Studierenden in andere Länder entsendet. 60 bis 70 Prozent aller Post-Doktoranden in amerikanischen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, so schätzt man, haben keinen amerikanischen Pass. Rund 20.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hielten sich, gefördert von deutschen Wissenschaftsorganisationen, im Jahr 2004/5 in Deutschland auf. Die Zahl derer, die im Rahmen anderer, etwa international finanzierter Kooperationsmaßnahmen, nach Deutschland kamen, lag um ein Vielfaches höher.<sup>4</sup>

#### *Internationale Forschungsgegenstände und Forschungsfinanzierung*

Eine Reihe von Fragestellungen der Grundlagenforschung können heute nicht mehr alleine oder in kleinen wissenschaftlichen Teams bearbeitet werden. Themen der Klima-, der Atmosphären-, der Meeres-, Energie- oder Gesundheitsforschung – etwa die globale Erwärmung, die Wüstenbildung und Bodendegradation, die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensressourcen der Menschheit, die Sicherung der Energieversorgung der Zukunft, die Verbreitung von Infektionskrankheiten oder die Gefährdung der Ernährungssicherheit der Menschen – sind nur noch mit weltweit verteilten Messstationen, international zusammengetragenen Daten oder durch Analysen und Vergleiche unterschiedlicher sozialer Gefüge zu bewältigen.<sup>5</sup>

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Themen kann darüber hinaus nur noch mit kostspieligen Großgeräten

oder hohem Zeit- und Ressourceneinsatz behandelt werden. In diesen Fällen ist es ökonomisch sinnvoll und politisch opportun, die Kosten zwischen den Akteuren aufzuteilen. Seit rund 50 Jahren kooperieren beispielsweise zahlreiche europäische und außereuropäische Länder beim Betrieb des europäischen Teilchenphysik-Zentrums CERN. Beim Aufbau und Betrieb des internationalen thermonuklearen Reaktors ITER arbeiten die EU, Japan, China, Indien, Südkorea, Russland und die USA zusammen. Allein die Konstruktionskosten werden auf rund 5 Milliarden Euro geschätzt. Schließlich kooperierten Wissenschaftler aus rund 20 Nationen im Human Genome Project (HGP), um das menschliche Erbgut zu entschlüsseln. Derartige Kooperationen helfen, Investitions- und Forschungsdopplungen zu vermeiden und die Erfolgsaussichten wissenschaftlicher Experimente durch gezielten und koordinierten Ressourceneinsatz zu steigern.

## **2. Die politische Dimension wissenschaftlicher Globalisierung**

Diese Internationalisierung der Wissenschaft ist jedoch nur teilweise Ausdruck einer Eigendynamik nationaler Wissenschaftssysteme. In einer zunehmend komplexer vernetzten Welt ist sie vielmehr auch Folge eines Internationalisierungsdrucks, der die nationalen Wissenschaftssysteme beständig herausfordert. Wissenschaftspolitik gewinnt dadurch strategische Relevanz für zahlreiche weitere Politikfelder.

#### *Die Innovationsherausforderung*

So treffen Unternehmen Entscheidungen für ihre Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorte inzwischen global. Wurden in der Vergangenheit oftmals kleine Forschungs- und Entwicklungseinheiten in anderen Ländern aufgebaut, um Produkte an die Spezifikationen des Gastlandes anzupassen, so bestimmen heute die weltweite Verfügbarkeit wissenschaftlicher Kapazitäten und Talente und die Nähe zu bedeutenden Kundengruppen die Investitionsentscheidungen.

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausländischer Firmen sind in der OECD von 1991 bis 2001 um rund 50 Prozent gestiegen. Derartige Investitionen in anderen Ländern sollen den Zugang zu Top-Wissenschaftlern und neuen Kenntnissen sichern. Zugleich profitieren die Zielländer dieser Investitionen von einer Stärkung ihrer Forschungs- und Entwick-

<sup>3</sup> vgl. IDP Education Australia: „Global Student Mobility 2025. Forecasts of the Global Demand for International Higher Education. 2005.

<sup>4</sup> vgl. DAAD (Hrsg.): *Wissenschaft weltoffen 2006. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland*, 2006.

<sup>5</sup> vgl. zu globalen Megatrends zu Beginn des 21. Jahrhunderts Kreibich, Rolf: „Denn sie tun nicht, was sie wissen. Die Herausforderungen der Zukunft sind bekannt – nur handeln wir nicht danach“, in *Internationale Politik*, 61. Jahr, Nr. 12, Dezember 2006, S.6-13.

lungsbasis, die Heimatländer von einem Rückfluss der neuen Kenntnisse.<sup>6</sup>

Internationales Konfliktpotenzial bergen dann etwa Subventionierungen von Forschungsarbeiten, die als industrieller Wettbewerbsvorteil gewertet werden. Exemplarisch ist dies an der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa in der Luftfahrtindustrie zu beobachten.<sup>7</sup>

#### *Die kulturelle und soziale Herausforderung*

Wissenschaft ist nicht zuletzt eine kulturelle Ausdrucksform und ein kulturelles Deutungssystem, das Gesellschaften, in denen sie gedeiht, positiv beeinflusst. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären und reflektieren nicht nur die Entstehungs- und Arbeitsbedingungen ihres eigenen Tätigkeitsfeldes und tragen damit zur Eigensteuerung des Wissenschaftssystems bei. Im günstigsten Fall bringen sie ihre Vorstellungskraft, Kreativität und Vision auch in öffentliche und private Diskussionen ein, die zu rationalen Entscheidungen und einer vernünftigen Aufteilung knapper finanzieller Mittel beitragen. Der Wandel der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, die Folgen des demografischen Wandels in diesen Gesellschaften und die Folgen der Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitswelt oder die interne wie internationale Spaltung von Gesellschaften durch ungleichen Zugang zu Informationen, ungleiche Bildungs- und berufliche Qualifikationschancen bedürfen der wissenschaftlichen Aufklärung, um geeignete politische Antworten formulieren zu können.<sup>8</sup>

#### *Die wissenschaftsethische Herausforderung*

Die Debatte um die Stammzellenforschung zeigt zudem, dass sich auch die ethischen Herausforderungen längst globalisiert haben. Vorstellungen vom Beginn des Lebens oder der Würde des Menschen bestimmen die Bedingungen und Möglichkeiten der Genforschung in einzelnen Ländern. Über Landesgrenzen hinaus erweist es sich als zunehmend schwierig, allgemeinverbindliche Standards zu definieren und durchzusetzen. Im Wettbewerb um wissenschaftliche Erkenntnis- und wirtschaftliche Innovationsvorsprünge entstehen vielmehr Anreizsysteme, die zur Missachtung wissenschaftlicher Standards

führen, wie unter anderem der spektakuläre Fall des koreanischen Genforschers Hwang Woo Suk aus dem Jahr 2005 zeigte.

Auch der Umgang mit Patenten hat, darauf macht Kai-Uwe Schrogl aufmerksam, eine ethische Dimension. Den notorischen Patentverletzungen chinesischer Unternehmen versuchen die Welthandelsorganisation WTO und die OECD nicht nur mit rechtlichen Mitteln und wirtschaftlichen Sanktionen, sondern auch mit Mitteln der kulturellen und ethischen Überzeugung zu begegnen.

Internationale Konventionen, nationale Standards und nationales Recht müssen sich diesen Herausforderungen stellen.

#### *Die außen- und sicherheitspolitische Herausforderung*

Längst haben die globalen Herausforderungen der Menschheit sicherheitspolitische Dimensionen gewonnen. Die Verbreitung von HIV/AIDS trägt in afrikanischen Ländern zum Zerfall staatlicher Strukturen bei. Internationale Migrationsbewegungen stellen europäische Länder vor neue Sicherheitsherausforderungen. Der Zugang zu Lebensressourcen wie Wasser und fossile Energievorkommen birgt vielfältiges internationales Konfliktpotenzial. Der Beitrag der Wissenschaft zur Lösung dieser Probleme hat deshalb auch eine immense sicherheitspolitische Dimension. Darüber hinaus bildet die Wissenschaft auch eine Arena internationaler Kooperation und Verständigung. Nicht zuletzt durch die Gründung von Fördereinrichtungen für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit ist es beispielsweise gelungen, Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Nationen zu integrieren. Die Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die als Alexander von Humboldt-Forschungsstipendiaten aus 130 Ländern nach Deutschland gekommen sind, bilden ein ebenso einzigartiges Vertrauens- und Verständigungspotenzial für die deutsche Außenpolitik wie es die Generation der „Erasmus“-Studierenden für Europa tut.

#### *Die Entwicklungsherausforderung*

Einige der größten weltweiten Herausforderungen können nur unter Beteiligung der ärmsten Länder unseres Kontinents gelöst werden. Rund ein Fünftel der Weltbevölkerung muss heute mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen. Rund 350 bis 500 Millionen neue Malariafälle werden pro Jahr registriert; der HIV-Virus breitet sich mit täglich ca. 14.000 neuen Fällen rasant aus. Die Jahrtausend-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) können nur durch wissenschaftlichen Fortschritt und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht

---

<sup>6</sup> vgl. die detaillierte Datensammlung für die britische Regierung von Arthur D. Little: „Internationalisation of R&D in the UK“, November 2005, Reference 20457.

<sup>7</sup> vgl. Schrogl, S. 65.

<sup>8</sup> vgl. zur Informationsgerechtigkeit Burchardt, Ulla: „Herausforderungen der globalen Wissensgesellschaft“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.



werden. Insbesondere für Entwicklungsländer ist es entscheidend, in den kommenden Jahren leistungsfähige Wissenschaftssysteme und Strukturen für angewandte Forschung auf- und auszubauen.<sup>9</sup> Entwicklungshilfe im 21. Jahrhundert bedeutet deshalb vor allem auch: Hilfe zur Teilhabe an der weltweiten wissenschaftlichen Entwicklung.

#### *Die europäische Herausforderung*

Innerhalb Europas bündeln die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Kräfte und arbeiten daran, einen gemeinsamen europäischen Hochschul- und Forschungsraum aufzubauen. So stehen im 7. Forschungsrahmenprogramm für den Zeitraum 2007 bis 2013 rund 50 Mrd. Euro für die europäische Forschungskoooperation zur Verfügung. Diese Europäisierung der Forschungspolitik hat weitreichende Rückwirkungen auf die jeweils nationalen Wissenschaftspolitiken der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Die angemessene Vertretung deutscher Interessen bei der europäischen Politikformulierung und die Partizipation von Institutionen der deutschen Wissenschaft ebenso wie deutscher Unternehmen ist eine der Herausforderungen für eine nach außen orientierte deutsche Wissenschaftspolitik, die dem föderalen System der Bundesrepublik hinreichend Rechnung tragen muss.

### **3. Wissenschaftspolitik unter Globalisierungsdruck**

Diese internationale Dimension der Wissenschaft stand bisher kaum im Zentrum traditioneller außenpolitischer Betrachtungen und außenpolitischer Strategieentwicklung.<sup>10</sup> Sie wurde allenfalls als Teil der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik diskutiert.<sup>11</sup> Die beiden Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, aber auch die vielfältigen Konflikte des Kalten Krieges, haben gezeigt, dass die Instrumente

<sup>9</sup> InterAcademy Council: „Inventing a Better Future. A Strategy for Building Worldwide Capacities in Science and Technology“, 2003/4.

<sup>10</sup> Wissenssoziologen (wie etwa Nico Stehr, „Wissensgesellschaften“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B36/2001), Globalisierungstheoretiker (wie etwa Manuel Castells in *End of Millenium*, Volume III of *The Information Age: Economy, Society and Culture*, 1996) oder auch Innovationsforscher haben sich jedoch selbstredend mit unterschiedlichen Aspekten der Internationalisierung von Wissensproduktion und Wissensverbreitung beschäftigt.

<sup>11</sup> vgl. Schütte, Georg: „Verstand und Verständigung – Hochschule und Wissenschaft“ in Kurt-Jürgen Maaß (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis*, 2005, S. 115-134, sowie ders., „Innovation durch Grenzüberschreitung – Die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft“, in: *Pro Wissenschaft*, 1999, S. 252-257.

der „harten“ Machtausübung, insbesondere militärische Gewalt, alleine nicht ausreichen, um dauerhaft Konflikte zu lösen. Auseinandersetzungen, die unter anderem auch kulturell begründet sind oder legitimiert sowie terroristisch und militärisch eskaliert werden, bedürfen der Ausübung von „sanfter Macht“, teilweise als Alternative, teilweise in Ergänzung zu „harter Macht“, um längerfristig zu Lösungen zu finden.

„Sanfte Macht“ entfaltet sich über die Attraktivität der eigenen Kultur, Werte, Ideen, Politik und des eigenen politischen Systems, so Volker Perthes in Anlehnung an Joseph Nye. Die entscheidende Machtressource ist Glaubwürdigkeit, die wechselseitiges Vertrauens schafft.<sup>12</sup>

Die internationale Konkurrenz mit neuen weltpolitischen Mächten des 21. Jahrhunderts wie China und Indien findet ihren Ausdruck zunehmend auch in einer Konkurrenz der Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationssysteme. Gerade auch im Übergang von der grundlagenorientierten zur wettbewerblichen Forschung werden Erfolge und Vorsprünge in Forschung und Technologieentwicklung wohlstandsrelevant. Die internationalen Konflikte der Gegenwart und Zukunft werden zudem auch als Folge von komplexen globalen Herausforderungen ausgetragen werden, zu deren Bewältigung die Wissenschaft entscheidende Beiträge liefern kann.

Damit gerät die internationale Dimension der Wissenschaft außen- und sicherheitspolitisch in den Kontext der „sanften“ Macht: Die Attraktivität von Bildungs- und Wissenschaftsstandorten und das Vertrauen in deren derzeitige und zukünftige Leistungsfähigkeit wird zu einer Determinante für den internationalen Strom mobiler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, für Kooperationsentscheidungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen und für Investitionen multinationaler Unternehmen. Außenwissenschaftspolitik hat diese internationale und strategische Dimension der Wissenschaftspolitik zum Gegenstand.

### **4. Nationale Akteure und Instrumente der deutschen Außenwissenschaftspolitik<sup>13</sup>**

Neugierde und Entdeckungslust sind die individuellen Triebkräfte wissenschaftlicher Arbeit. Sie suchen sich auch in der individuell arrangierten internationalen Zusammenarbeit ihre Bahn. Eine außenwissen-

<sup>12</sup> vgl. Perthes, Volker: „Soft Power in der Auswärtigen Politik“, sowie Wittig, Peter: „Die Rolle und das Verständnis von Soft Power in der Deutschen Außenpolitik“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

<sup>13</sup> vgl. hierzu auch Bode, Christian: „Akteure der Außenwissenschaftspolitik: von der Individual- zur Strukturförderung“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

schaftspolitische Dimension gewinnen diese Kooperationen jedoch erst dann, wenn sie koordiniert, an strategischen Zielen ausgerichtet und mit den Aktivitäten internationaler Partner abgestimmt bzw. an den Aktivitäten internationaler Konkurrenten ausgerichtet werden. Wer sind die Akteure dieses Politikfeldes? Welche Instrumente der Politikgestaltung stehen ihnen zur Verfügung?

#### *Wissenschaftsfördernde und –durchführende Organisationen*

Die wissenschaftliche Grundlagenforschung, aber auch andere Forschungsbereiche organisieren sich in Deutschland in weiten Teilen staatsfern. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist die größte deutsche Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft zur Finanzierung und Förderung der Grundlagenforschung an deutschen Hochschulen. Die Max Planck-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft leisten in ihren Mitgliedsinstituten und Forschungszentren international anerkannte Grundlagenforschung. Dies gilt auch für einen Teil der Mitgliedsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft (während der andere Teil den Serviceeinrichtungen der deutschen Wissenschaft zugerechnet wird). Die Institute der Fraunhofer Gemeinschaft arbeiten an der Schwelle von Grundlagen- zu stärker anwendungsorientierter Forschung. Traditionell gestaltet sich die Arbeit dieser forschungsfördernden und –durchführenden Organisationen in erkenntnisgetriebenen „bottom-up“ Verfahren. Gleichwohl verfolgen die einzelnen Mitgliedsinstitute der forschungsdurchführenden Organisationen wie auch die jeweiligen Zentralen dezidierte Internationalisierungsstrategien, um die internationalen Aktivitäten der Einzelforscher und Einzelinitiative strategisch zu bündeln, zu unterstützen und anzuregen. Hierzu unterhalten sie jeweils auch Vertretungsbüros im Ausland, die unter anderem Kontakte zu Partnerorganisationen in anderen Ländern herstellen. Auf der Basis von Partnerschaftsabkommen, Memoranda of Understanding (MoU) oder anlassbezogen werden dann konkrete Kooperationen (gemeinsame Tagungen, Studien oder Forschungsprojekte) beschlossen.<sup>14</sup> Darüber hinaus vertritt die DFG mandatsgemäß die deutsche Wissenschaft in verschiedenen internationalen Gremien wie etwa dem Zusammenschluss der europäischen Leiterinnen und Leiter von

Forschungsräten, den European Heads of Research Councils (EUROHORCS), oder dem trilateralen deutsch-österreichisch-schweizerischen Zusammenschluss DACH. Aber auch die anderen Forschungsorganisationen verfolgen individuell eigene und gemeinsame Interessen mit internationalen Partnerorganisationen. So hat unter anderem die Max-Planck-Gesellschaft seit den 1970er Jahren intensive Beziehungen zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) aufgebaut und bereits zwei gemeinsame Forschungsinstitute in China gegründet.

Auch die deutschen Akademien der Wissenschaft pflegen internationale Beziehungen, u.a. indem sie renommierte internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu korrespondierenden Mitgliedern ernennen, durch Beteiligung internationaler Kollegen an den Forschungsvorhaben der Akademien sowie durch die Vertretung deutscher Interessen in internationalen Zusammenschlüssen von Gelehrtenvereinigungen wie etwa dem InterAcademy Council.

Das Wissenschaftskolleg zu Berlin ist in ein internationales Netz von Institutes of Advanced Studies eingebunden und bringt international und national führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Berlin. Durch die Zusammenarbeit dieser international zusammengesetzten Gruppe an einem Ort entstehen neue Einsichten und Erkenntnisse.

#### *Hochschulen<sup>15</sup>*

Auch die staatsnähreren, im Wissenschaftsbereich tätigen Institutionen richten sich heute stärker international aus: So stehen die deutschen Hochschulen inzwischen in direkter Konkurrenz zu Hochschulen anderer Länder, die die Zusammensetzung ihrer Mitglieder, das heißt der Forschenden, Lehrenden und Studierenden, und ihre Forschungsstrategien ebenfalls internationalisieren.<sup>16</sup> So bemühen sich auch die deutschen Hochschulen in unterschiedlicher Intensität, aber generell zunehmend um exzellente Studierende, Forschende und Lehrende aus anderen Ländern, um ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten beziehungsweise zu steigern. Im Zuge des Bologna-Prozesses müssen sie ihre Studienabschlüsse und in der Folge ihre Curricula sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung international gesetzten Standards anpassen.

<sup>15</sup> vgl. hierzu auch Lenzen, Dieter: „Freie Universität Berlin – International Network University. Internationalisierungsstrategien der Freien Universität Berlin“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

<sup>16</sup> vgl. Levin, Richard: „Universities Branch Out. From their student bodies to their research practices, universities are becoming more global“, in *Newsweek International*, 2006.

<sup>14</sup> Schwägerl, Christian: „Lockrufe aus Florida. Die Max-Planck-Gesellschaft setzt zum Sprung nach Amerika an,“ in: *FAZ online*, 22. November 2006.

Unter dem Druck, international neue Einnahmequellen zu erschließen, um die Ausbildung der Studierenden zu verbessern und internationale Studierende mittelfristig für den Hauptcampus zu gewinnen, gründen zahlreiche Universitäten seit geraumer Zeit Satellitencampusse in anderen Ländern.<sup>17</sup> Darüber hinaus haben die deutschen Hochschulen in den vergangenen Jahren begonnen, Auslandsvertretungen einzurichten.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat als Interessenvertretung der deutschen Hochschulen einen Vizepräsidenten mit der Pflege der internationalen Beziehungen betraut. Die HRK sammelt u.a. Informationen über die bilateralen internationalen Partnerschaftsabkommen ihrer Mitgliedshochschulen. Darüber hinaus unterzeichnet sie mit vergleichbaren Hochschulorganisationen anderer Länder Rahmenabkommen und Interessensbekundungen zur Intensivierung der jeweiligen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedshochschulen.

#### *Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik*

Unterstützt werden die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen von den Mobilitäts- und Internationalisierungsagenturen Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD). Diese Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sind wie die bereits erwähnten deutschen Wissenschaftsorganisationen privatrechtlich konstituiert und werden institutionell vom Auswärtigen Amt gefördert. Der DAAD verfügt über ein weit gefächertes Netz von Auslandsvertretungen und internationalen Informationszentren. Die AvH wird von diesen Vertretungen mitrepräsentiert und engagiert sich über Alumni- und Fördervereine ebenfalls in den Herkunftsländern ihrer Forschungsstipendiatinnen und –stipendiaten. Beide Organisationen tragen durch die Vergabe von Stipendien und Preisen wesentlich zur personellen Internationalisierung deutscher Hochschulen bei und ermöglichen deutschen Studierenden und Wissenschaftlern Aufenthalte im Ausland. Die Mitglieder der weltweiten Alumni-Netzwerke, die AvH und DAAD über mehr als fünf Jahrzehnte aufgebaut haben, sind vielfach die Initiatoren oder die ersten Ansprechpartner für bilaterale wissenschaftliche Kooperationsprojekte der anderen deutschen Wissenschaftsorganisationen. Durch verschiedene weitere Förderprogramme und Marketingmaßnahmen ermöglicht darüber hinaus

insbesondere der DAAD die institutionelle Internationalisierung der deutschen Hochschulen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung berät deutsche Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen und die politische Exekutive zu Fragen der internationalen Wissenschaftlermobilität.

#### *Staatliche Akteure auf Bundesländerebene*

Teilweise haben einzelne deutsche Bundesländer begonnen, internationale wissenschaftliche Beziehungen aufzubauen bzw. zu unterstützen. Sie haben beispielsweise Konsortien gebildet, um die Hochschulen ihres Bundeslandes international zu präsentieren. Am weitesten hat Baden-Württemberg dies mit der Gründung der Baden-Württemberg International Wirtschafts- und Wissenschaftsförderungsgesellschaft professionalisiert. Aber auch andere Bundesländer berücksichtigen beim Ausbau und bei der Pflege ihrer bilateralen Auslandsbeziehungen zunehmend die Belange ihrer jeweiligen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen.

#### *Staatliche Akteure auf Bundesebene*

Der wichtigste staatliche Akteur ist jedoch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Es gestaltet die internationalen Beziehungen der deutschen Forschung auf der zwischenstaatlichen Ebene. Hauptinstrument der bilateralen Regelung sind die sogenannten Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen). Darüber hinaus vertritt das BMBF die deutsche Forschung in einer Reihe internationaler Gremien. Zudem entsendet das BMBF Wissenschaftsreferenten an eine Reihe deutscher Botschaften im Ausland. Damit ist ein personeller Bezug zum Auswärtigen Amt geschaffen, das über die Zuständigkeit für die deutschen Auslandsvertretungen und mit den Instrumenten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik die internationalen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen mitgestaltet. Die außenkulturpolitische Zusammenarbeit wird durch bilaterale Kulturabkommen mitgestaltet.

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat in den vergangenen Jahren die Relevanz der Bildungs- und Wissenschaftsförderung für die Entwicklungszusammenarbeit erkannt und fördert - unter anderem über die AvH und den DAAD - die internationale akademische Mobilität mit dem Ziel, tragfähige akademische Strukturen in den Ländern Afrikas, Südamerikas und Asiens mit aufzubauen.

Darüber hinaus pflegen jedoch eine Reihe weiterer Bundesressorts internationale Kontakte mit engem

<sup>17</sup> Underhill, William: „Sowing Seeds. From Cornell in Qatar to Monash in Malaysia, satellite campuses are a booming business,“ in *Newsweek International*, 2006

Bezug zur Wissenschaft. Fachressorts wie das Umwelt-, das Gesundheits- oder das Justizministerium verfolgen und fördern internationale Forschungs- und Kooperationsprojekte in ihrem Zuständigkeitsbereich. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist für das zunehmend wichtige Feld der Innovationspolitik mitverantwortlich. Es unterhält mit der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) unter anderem eine Servicestelle zur Beobachtung der Marktzutrittsregularien anderer Länder.

#### *Interessenverbände und Medienorganisationen*

Daneben gibt es eine Reihe staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die die deutsche Außenwissenschaftspolitik mitgestalten, etwa die Interessenverbände der Wirtschaft, einzelne große, z.T. multinationale Unternehmen, aber auch die Medien, etwa die deutsche Auslandsrundfunkanstalt Deutsche Welle. Je weniger stark die wissenschaftliche Arbeit Haupttätigkeitsfeld dieser Organisationen ist, umso größer wird die Überlappung mit anderen internationalen Politikfeldern, etwa der Außenwirtschaftspolitik oder der Medienpolitik.

### **5. Adressaten der deutschen Außenwissenschaftspolitik**

An wen richten sich die Aktivitäten der hier dargestellten Akteure der deutschen Außenwissenschaftspolitik? Es sind naheliegend zum einen die jeweiligen Partnerorganisationen bzw. Partnerregierungen, mit denen verhandelt und kooperiert wird. Zudem sind es jedoch internationale Zusammenschlüsse, in denen Rahmenbedingungen wissenschaftlichen Handelns entschieden, wissenschaftliche Standards gesetzt oder über Prioritäten und Kooperationsprojekte wissenschaftlicher Forschung entschieden wird. Beispielhaft seien einige genannt. Je nach Perspektive sind diese Adressaten der nationalen Außenwissenschaftspolitik jedoch immer auch als Akteure auf der internationalen Bühne der Wissenschaftspolitik zu betrachten.

#### *Welthandelsorganisation (WTO)*

So verhandeln beispielsweise die Mitglieder der Welthandelsorganisation über ein Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und ringen darum, in welcher Form die Bildungs- und Wissenschaftssysteme in diese Abkommen einbezogen werden sollen. Hier haben die nationalen bzw. transnationalen Verhandlungspartner dezidiert unterschiedliche Auffassungen des Warencharakters von Bildung und Wissenschaft.

Mit der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung von Forschungsergebnissen stellen sich neue Fragen für die Offenheit und Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen. Aus der Wissenschaft heraus bilden sich internationale Interessengruppen, die beispielsweise einen offenen Zugang zu akzeptablen Kosten fordern, um die Freiheit der Forschung nicht zu gefährden. Fragen des geistigen Eigentumsrechts werden längst international, so etwa von der Welthandelsorganisation, diskutiert und geregelt.

#### *Internationale Forschungskonsortien und Forschungsförderer*

Internationale Konsortien von Ministerien und Agenturen entscheiden darüber hinaus über Prioritäten in der Weltraumforschung, der Astronomie oder der Energieforschung.

Zunehmend relevant werden in all diesen Bereichen für die deutsche Wissenschaft die Beziehungen zur Europäischen Union. Kontinuierlich hat die Union ihre Ausgaben für die Forschung in den sogenannten Forschungsrahmenprogrammen gesteigert. Die europäische Forschungspolitik verfolgte als europäischen Mehrwert bisher immer auch wirtschafts- und strukturpolitische Zielsetzungen. In der weltweiten Konkurrenz um grundlegende Entdeckungen, innovative Produkte, herausragende Forschertalente und attraktive Forschungsinfrastrukturen setzt die EU-Kommission zunehmend einzelstaatlich erprobte Instrumente der Wissenschaftsförderung ein. So fördert die Kommission die internationale Mobilität von Studierenden und Forschenden, gibt Anreize zur grenzüberschreitenden Curricula-Entwicklung und für europaweite Forschungsverbände. Mit dem Jahr 2007 stellt sie über den Europäischen Forschungsrat (ERC) erstmals auch Instrumente zur Förderung von im freien wissenschaftlichen Ideenwettbewerb identifizierten Projekten der Grundlagenforschung zur Verfügung. In Brüssel findet sich deshalb die größte Dichte von Auslandsvertretungen deutscher Wissenschaftsorganisationen. Nicht minder intensiv sind die bildungs- und wissenschaftspolitischen Kontakte der Länderregierungen und der Bundesregierung.

#### *Internationale Rankingagenturen*

An Bedeutung gewinnen auch internationale Vergleiche und internationale Rankings, wie sie etwa von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Eigenarten des deutschen Bildungs- und Hochschulsystems in den für diese Ranglisten verantwortlichen Organisationen ist wesentlich für die internationale Attraktivität des

Wissenschaftsstandortes Deutschland. Denn die politischen und wissenschaftlichen Akteure anderer Länder richten ihre Strategien teilweise auch an diesen internationalen Vergleichen aus.<sup>18</sup>

## 6. Ziele der Außenwissenschaftspolitik oder: Außenwissenschaftspolitik als politische Strategie

Der weltweite Wettbewerb um die besten nationalen Strategien der Wissenschaftsentwicklung ist längst entbrannt. Es geht um Ideen für eine optimale Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Maßnahmen gegen die Abwanderung wissenschaftlicher Talente in andere Tätigkeitsfelder und andere Länder. Gesucht wird nach neuen Modellen der Zusammenarbeit von universitärer und außeruniversitärer, von öffentlich und privat finanzierter und organisierter Forschung und Entwicklung. Mit der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung von Forschungsergebnissen stellen sich auch neue Fragen für die Offenheit und Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen sowie den Schutz geistigen Eigentums. Die einzelnen Akteure des Wissenschaftssystems verfolgen bei ihren internationalen Aktivitäten zu diesen Fragen je eigene Ziele und Strategien. Sie leiten sich aus den jeweiligen Tätigkeitsfeldern und Geschäftspolitiken ab und bilden auf diese Weise eine Komponente einer nationalen Außenwissenschaftspolitik. Darüber hinaus lassen sich jedoch auch zentrale gesamtstaatliche Ziele bestimmen.

### *Wissenschaftsberatung und Priorität von Forschung und Entwicklung in der Regierung*

Internationale Vergleiche helfen, Defizite des jeweils eigenen Wissenschafts- und Fördersystems zu identifizieren. In vielen Fällen ist dies die methodische Voraussetzung für die Formulierung von Zielen einer Außenwissenschaftspolitik. Einen Eigenwert gewinnen diese Vergleiche, wenn es um Strukturfragen des Regierungsaufbaus geht. So zeigt sich etwa, dass gerade diejenigen Länder, die Spitzenpositionen in den verschiedenen, international vergleichenden Ranglisten für Forschungs- und Entwicklungsparameter einnehmen, die wissenschaftliche Beratung und die Entscheidung über Forschungs- und Entwicklungsfragen nahe an die Regierungsspitze gebracht haben. So gibt es in den USA sowohl bei Präsidenten wie auch im Außenministerium einen „Scientific Advisor“; unterstützt werden sie durch den National Re-

search Council, der als unabhängiges Gremium der Wissenschaft zum Teil unaufgefordert, zum Teil auf Anfrage der Regierung wissenschaftliche Studien in Auftrag gibt und veröffentlicht. In der japanischen Regierung berät der Council for Science and Technology Policy als Teil des Cabinet Office den Ministerpräsidenten. In Finnland hat der Ministerpräsident den Vorsitz im Science and Technology Policy Council, der die finnische Regierung in Fragen der Wissenschafts- und Technologiepolitik berät. In Südkorea koordiniert der National Science and Technology Council die Regierungsaktivitäten. Und in Großbritannien berät das Office of Science and Innovation die Regierung; der „Chief Scientific Advisor“ hat direkten Zugang zum Premierminister.<sup>19</sup>

### *Wissenschaftliche Exzellenz erhalten und steigern*

Eine wesentliche Voraussetzung für den internationalen Erfolg eines Wissenschaftssystems ist die Reputation und damit das Vertrauen, das der wissenschaftlichen Leistung eines Landes entgegengebracht wird. Exzellente wissenschaftliche Leistung und zukunftsweisende Innovationen entstehen nur unter international konkurrenzfähigen Bedingungen. Dazu gehören angemessene Forschungsinfrastrukturen ebenso wie international angesehene und ausgewiesene Forscherinnen und Forscher. Es geht also um Fragen der apparativen Ausstattung, des Forschungs- und Hochschulmanagements, der Nachwuchsrekrutierung und –ausbildung, der Berufungsverfahren oder auch der Dotierung von Spitzenpersonal (in Forschung, Lehre und Management).

Im internationalen Kontext gilt es, deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Zugang zur weltweit führenden Wissenschaft, d.h. zu weltweit führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ihren Forschungseinrichtungen und Forschungsergebnissen zu verschaffen. Die individuelle Mobilitätsförderung und die Unterstützung bi- und multinationaler Forschungsprojekte dienen diesem Ziel. Internationale Verhandlungen und Beschlüsse, welche die Mobilität von Studierenden, Forschenden und Lehrenden fördern, schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen. Die deutschen Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sowie die Wissenschaftsförderorganisationen sind auf diesen Gebieten aktiv, genießen international Vertrauen und entwickeln nachfragegerechte Förderprogramme.

<sup>18</sup> Global Science and Innovation Forum (GSIF): „Strategy for International Engagement in Research and Development“, 2006, Annex B: „Selection of GSIF coordination focus countries“, S. 59.

<sup>19</sup> vgl. auch Mlynek, Jürgen: „Der Stimme der Wissenschaft Gehör verschaffen“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

Gleichwohl gibt es Bereiche, in denen auch der Staat aktiv werden kann und muss. Einige Partnerländer haben beispielsweise weiterhin relativ staatsnah operierende Wissenschaftsinstitutionen. Zentralregierungen spielen eine größere Rolle und erwarten zumindest staatliche Rahmenabkommen als Basis für die Aktivitäten staatsferner operierender Organisationen. Für letztere kann es hilfreich sein, unter dem Schutz und mit dem Siegel derartiger Abkommen eigenes Handeln in Partnerländern zu legitimieren. Darüber hinaus berühren eine Reihe von bilateral relevanten Fragen (z.B. die Klärung von Einwanderungsbestimmungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Fragen der Anerkennung von Ausbildungsleistungen und -zertifikaten) genuine Zuständigkeitsbereiche des Staates.

#### *Innovationspotenziale heben*

Innovationsförderung hat in internationaler Perspektive zwei grundlegende Dimensionen: (1) die Teilhabe innovativer deutscher Unternehmen an den weltweit besten Prozessen, Orten und Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit, ingenieurtechnischer Erfindung und technologischer Entwicklung bzw. Anwendung sowie (2) das Bestreben, Anreize für innovative Unternehmen zu schaffen, sich in Deutschland niederzulassen und in ihren Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten in Deutschland zu vernetzen.

In beiden Dimensionen sind Unternehmen die Hauptakteure, die weitestgehend nach eigenen Kriterien (Marktpotenzial, Marktzutrittskosten etc.) entscheiden. Die Rolle des Staates besteht darin, Informationen über viel versprechende Märkte zu Verfügung zu stellen, Rahmenbedingungen für die Internationalisierung von Unternehmensaktivitäten in diesem Bereich zu schaffen und Investitionsanreize für die Ansiedlung auswärtiger Unternehmen in Deutschland zu geben. Hierzu gehört aber auch Hilfestellung für deutsche Unternehmen, etwa bei der Teilnahme an Förderprogrammen der Europäischen Union oder durch Monitoring-Services im Ausland, die deutschen Unternehmen frühzeitig internationale Innovations- und Marktpotenziale anzeigen.

#### *Wissenschaftlich begründete Interessenpolitik formulieren und außenpolitisch umsetzen*

Die Bewältigung globaler Herausforderungen, wie etwa des Klimawandels, gewinnt zunehmend auch außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Dimensionen. Wissenschaftliche Ergebnisse werden damit stärker als je zuvor relevant für das Handeln in den traditionellen Feldern der Politik. Für den Staat ist es deshalb wichtig, weltweit Zugang zu entsprechenden

Forschungsergebnissen zu gewinnen und Strukturen zu schaffen, dass diese Ergebnisse in belastbare politische Handlungsempfehlungen übersetzt werden. Beispielhaft nutzte die britische Regierung dieses Instrument im Herbst 2006 mit der Veröffentlichung eines Berichts zum Klimawandel, der im Auftrag der Regierung vom ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, verantwortet und weltweit vorgestellt wurde.<sup>20</sup>

Innerhalb der Bundesregierung kommt es darauf an, die Vielzahl der Fachressorts, die mit den unterschiedlichsten globalen Problemlagen konfrontiert sind, unter anderem auch auf dieses Politikziel hin zu koordinieren. Es gilt, eine langfristige Gesamtstrategie zur Bewältigung der globalen Herausforderungen zu bestimmen, zwischen den Ressorts abzustimmen und für die einzelnen Ressorts zu operationalisieren. Diese nationale Strategie muss dann in den entsprechenden bi- und multinationalen Kontakten und Gremien mit anderen Ländern abgestimmt werden.

#### *Wissenschaftskooperation als Teil der Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen*

Die Millennium Development Goals, die Neue Entwicklungspartnerschaft (NEPAD) oder weltweite Initiativen zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose zeigen, dass sowohl die direkte Entwicklung und Nutzenanwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse als auch der Aufbau wissenschaftlicher und technologischer Strukturen notwendig sind, um effektiv Armut, Hunger und Krankheit bekämpfen zu können. Die traditionellen Instrumente deutscher Entwicklungszusammenarbeit, d.h. der technologischen und finanziellen Zusammenarbeit, müssen deshalb um Instrumente der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit ergänzt werden. Staatsferne Akteure des deutschen Wissenschaftssystems müssen in diesem Kontext in die Lage versetzt werden, durch Wissenschaftlermobilität und den Ausbau von Kooperationsprojekten zur Aus- und Fortbildung intellektueller Eliten in den entsprechenden Weltregionen und zum Aufbau von Forschungs- und wissenschaftlichen Ausbildungsstrukturen in diesen Ländern beizutragen.

#### *Internationale Wissenschaftskooperation als Werte- und Kulturvermittlung weiter nutzen*

In zweierlei Hinsicht kann die internationale Wissenschaftskooperation auch in struktureller Hinsicht deutschen Interessen dienen. So hat sich die Selbstverwaltung der Wissenschaft als Schutzeinrichtung des Wissenschaftssystems vor Fremdsteuerung und

---

<sup>20</sup> vgl. Krönig, Jürgen: „Die Angst vor Globalwarming“ in *ZEIT online*, 4. November 2006.

politischem Machtmissbrauch bewährt. Starke, staatsferne und öffentlich finanzierte Wissenschafts- und Austauschorganisationen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und Zielgruppen. Sie genießen in der weltweiten wissenschaftlichen Gemeinschaft Akzeptanz und Vertrauen. Die Einrichtung eines European Research Council (ERC) kann als Erfolg einer effektiven Darstellung dieser deutschen Systemstruktur interpretiert werden.

Darüber hinaus kann Deutschland als Land mit einer besonderen historischen Verantwortung in der Außenwissenschaftspolitik an eine Tradition der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik anknüpfen, die Vertrauen und Kooperation in den Mittelpunkt der internationalen Politikgestaltung stellt. Die Förderung internationaler wissenschaftlicher Eliten hat ein Vertrauensnetz für Deutschland in der Welt geschaffen, das weit über die Grenzen der Wissenschaft hinaus in zahlreichen Ländern Breitenwirkung entfaltet.

Insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften finden hier ihre internationale Rolle. Denn die internationale Kooperation und der internationale Austausch in diesen Wissenschaftsgebieten dienen neben dem Aufbau kultureller und gesellschaftlicher Übersetzungskapazitäten auch der kulturellen und gesellschaftlichen Selbstbestimmung. Zugleich sind die Herausforderungen der Globalisierung nicht nur wirtschaftlich-technologischer Natur, sondern bedürfen der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Reflexion.

#### Beispiel Großbritannien:

In Großbritannien arbeiten verschiedene Ministerien und Wissenschafts- sowie Kulturmittlerorganisationen im Global Science and Innovation Forum (GSIF, vgl. [www.dti.gov.uk/science/uk-intl-engagement/gsif/index.html](http://www.dti.gov.uk/science/uk-intl-engagement/gsif/index.html)) zusammen und haben eine gemeinsame Strategie für die internationalen Aktivitäten in Forschung und Entwicklung ("A Strategy For International Engagement in Research and Development") formuliert. Darin werden vier strategische Aktionsfelder und entsprechende Zielsetzungen benannt:

Forschungsexzellenz soll durch eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und durch ein stärkeres Bemühen um hervorragende internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach Großbritannien kommen sollen, erhalten beziehungsweise geschaffen werden.

Innovationsexzellenz: Britische Firmen sollen verbesserten Zugang zur internationalen Forschung

erhalten; zugleich sollen die Bedingungen für Forschungs- und Entwicklungs-Direktinvestitionen in Großbritannien verbessert werden.

Weltweiter politischer Einfluss: Wissenschaftliche Ergebnisse sollen genutzt werden, um Ziele der Außenpolitik nachhaltiger vertreten und bilaterale Partnerschaften vorantreiben zu können.

Entwicklungszusammenarbeit: Forschung und Innovation sollen zum Erreichen international vereinbarter Entwicklungsziele beitragen.

In allen vier Aktionsfeldern ist das GSIF strategisch vorgegangen: Zunächst hat es erhoben, welche beispielhaften Aktivitäten in andere Länder zu identifizieren sind. Auf dieser Basis gab das Forum Empfehlungen, welche Akteure in Großbritannien welche zusätzlichen Maßnahmen ergreifen sollen. Schließlich identifizierte das Forum für jedes Aktionsfeld bevorzugte Partnerländer, mit denen die Zusammenarbeit intensiviert werden soll.

## 7. Handlungsnotwendigkeiten

Welche konkreten Handlungsvorschläge ergeben sich daraus für die deutsche Wissenschaftspolitik?

### *Systematische Beobachtung der Wissenschaftspolitiken anderer Länder*

Internationale Vergleiche werden bei der politischen und öffentlichen Diskussion um Schwerpunkte und Maßnahmen der Wissenschaftspolitik vielfältig zu Rate gezogen. Und doch mangelt es vielfach an der klugen Übersetzung der Vergleichsergebnisse und an der kreativen Adaption internationaler Vorbilder an die nationalen Gegebenheiten. Eine intelligente Beobachtung der internationalen Entwicklung ist deshalb eine der Voraussetzungen für eine vorausschauende nationale Wissenschaftspolitik. Hierfür gilt es das Netz der Wissenschaftsreferentinnen und –referenten zu stärken sowie mit den internationalen Repräsentanten der Wissenschaftsorganisationen wie auch den Agenturen der Außenwirtschaft zu verbinden.

### *Identifikation von Schwerpunktländern*

Eine Initiative zur Internationalisierung der deutschen Forschung und Wissenschaft benötigt, wie Frieder Meyer-Krahmer zu Recht betont, neben einer Strategie nach innen zur Bestimmung des Außenverhältnisses an erster Stelle die Identifikation von Schwerpunktländern.<sup>21</sup> Diese müssen nicht für alle Akteure

<sup>21</sup> Meyer-Krahmer, Frieder: „Internationale Wissenschaftspolitik oder Außenwissenschaftspolitik? – Fünf Thesen“, in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

und alle strategischen Ziele identisch sein. Stattdessen scheint eine Zielländer-Matrix nahe liegender und zielführender. In jedem Fall wird sich auch in einer derartigen Matrix eine Kerngruppe von Partnerländern ergeben, auf die sich das besondere Interesse der Politik richten sollte.

#### *Ressortkoordination; Akteurskoordination; sektorale Koordination*

Voraussetzung für eine durchsetzungsfähige internationale Strategie ist eine überzeugende nationale Strategie. Sie kann nicht im Gegen-, sondern nur im Miteinander der beteiligten Akteure entstehen und umgesetzt werden. Die Stärke des deutschen Wissenschaftssystems mit einer Vielzahl kompetenter Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft muss deshalb genutzt werden, indem die Internationalisierungsstrategien dieser Organisationen in Beziehung gesetzt werden zu einer staatlichen Strategie der Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Die deutsche Wissenschaft benötigt, wie unter anderem Jürgen Mlynek zu Recht betont, eine Stimme.<sup>22</sup>

Die staatliche Strategie muss zwischen Bund, Ländern und nicht-staatlichen Akteuren, aber auf Bundesebene auch zwischen den verschiedenen Bundesressorts abgestimmt werden. Darüber hinaus gilt es auch innovationsstarke Unternehmen zu beteiligen. Die im Kontext der High-Tech-Initiative geschaffene Forschungsunion kann hier ein Forum bilden. Grundsätzlich gilt es, nationale Akteursarenen für den vertrauensvollen Informationsaustausch und die Strategieentwicklung zu gestalten.

#### *Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung*

Eine derartige Strategie muss notwendigerweise langfristig angelegt sein. Ihr Erfolg muss sich an den oben dargestellten Zielen messen lassen. Dies setzt sowohl eine koordinierte Umsetzung als auch klare Zielvorgaben (inhaltlich und zeitlich) voraus. Das Erreichen dieser Ziele lässt sich feststellen; Modifikationen der Zielvorgaben münden in die Fortschreibung der Strategie ein.

### **8. Außenwissenschaftspolitik – ein neues Politikfeld?**

Ist Außenwissenschaftspolitik also ein eigenständiges Politikfeld? Zumindest lassen sich einige Strukturen dieses Feldes benennen: Es gibt eine Reihe von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, deren Handeln den Gegenstandsbereich beeinflusst. Es gibt

spezifische Instrumente einer Internationalisierung der Wissenschaft, deren zielgerichteter Einsatz eine politische Dimension hat. Adressaten dieser Politik lassen sich benennen, sind aber ebenso heterogen wie die nationalstaatlichen Akteure, die dieses Politikfeld mitgestalten. „Außenwissenschaftspolitik“, fasst Angelika Günzel die Zieldimension zusammen, „ist die kohärente Strategie der internationalen Interessenvertretung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure der deutschen Wissenschaft, die (...) für die Wissenschaft und die auswärtigen Beziehungen (...) entwickelt und weiterverfolgt wird.“<sup>23</sup> Diese Interessen lassen sich benennen und in strategische Zielsetzungen und konkrete Handlungsziele übertragen. Dies ist ein Koordinierungsprozess, der in neuer und ungewohnter Form Akteure zusammenbringt, die auch bisher nicht unabhängig voneinander gearbeitet haben, die jedoch im nationalen Kontext stärkeres Gewicht auf Eigenständigkeit, jeweils genuine Zuständigkeiten und Unabhängigkeiten gelegt haben. Das Ziel der Koordinierung kann und soll die jeweiligen Verfasstheiten der Akteure und ihre Abhängigkeits- und Unabhängigkeitsstrukturen in keiner Form berühren. Es soll jedoch die Kenntnisse und operativen Ansätze der internationalen Arbeit zu einem gemeinsamen strategischen Rahmen zusammenführen, in dem die individuellen Stärken und Präferenzen der einzelnen Akteure dem Wohle des Gesamtsystems dienen. Dies muss nicht zwangsläufig der kleinste gemeinsame Nenner sein, wie von Günther Maihold in Anlehnung an Fritz W. Scharpf als eine mögliche Option skizziert wird.<sup>24</sup> Vielmehr wird es, wie in vielen anderen Politikbereichen heute auch, einen Aushandlungsprozess geben, in dem strategische Visionen einzelner Akteure Überzeugungskraft haben und Vertrauen stiften können, die zur Basis gemeinsamen Denkens, Planens und vielleicht auch Handelns werden.

Eine derartige Politik ist durch ein Nebeneinander bi- und multilateraler Ansätze gekennzeichnet. Neben WTZ-Abkommen und Vereinbarungen über konkrete bilaterale Forschungsprojekte steht die Abstimmung gemeinsamer politischer Positionen mit anderen EU- oder OECD-Mitgliedsstaaten. Es mag sein, dass die bilaterale Dimension, wie Günther Maihold nahe legt, mittelfristig überwiegt. Nicht zuletzt vom Handeln anderer politisch, wissenschaftlich und kulturell nahe

<sup>23</sup> vgl. Günzel, Angelika: „Außenwissenschaftspolitik als eigenständiges Politikfeld? Zusammenfassung der Diskussion im Workshop >Außenwissenschaftspolitik<“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

<sup>24</sup> vgl. Maihold, Günther: „Außenwissenschaftspolitik – zur Produktivität eines neuen Politikfeldes“ in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.

<sup>22</sup> vgl. Mlynek, Jürgen: "Der Stimme der Wissenschaft Gehör verschaffen", in diesem Arbeits- und Diskussionspapier.



stehender Länder wird es abhängen, in welchem Maß die multilaterale Dimension an Bedeutung gewinnt. Von der Sache her ist es dann letztlich zweitrangig, ob dieses Politikfeld „Außenwissenschafts-“, oder „Wissenschaftsaußenpolitik“ oder „internationale Wissenschaftspolitik“, wie Frieder Meyer-Krahmer fordert, genannt wird. Wenn einer der Begriffe in der Tat einem Ressortdenken innerhalb der deutschen Regierung Vorschub leistet, das die Koordination verhindert, dann wäre es kontraproduktiv, ihn zu favorisieren. Denn die Herausforderungen sind zu groß, die Chancen einer frühzeitigen und erfolgreichen Gestaltung dieses Handlungsfeldes zu viel versprechend und die internationale Konkurrenz zu hart, als dass Deutschland diese Gelegenheit verpassen sollte.

**Dr. Georg Schütte** ist Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung